

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M., halbjährlich 6.60 M., jährlich 13.20 M.
Einzelnummer 5 Pf.
Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die hochachtbare Redaktion
oder deren Raum 20 Pf. für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Berichterstattungen 30 Pf.
'Kleine Anzeigen', das heißt
Brot 20 Pf. (zweiwöchig 2 teigebrot
Brot), jedes weitere Wort 10 Pf.
Einzelnummern des 'Vorwärts'
werden für 5 Pf. abgegeben.
Werden für 15 Pf.
haben für zwei Worte.
Anzeige für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

ersch. 1848.

Berliner Volksblatt.

Telegraphische Adressen:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 26. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Vertriebspreis: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vertriebspreis: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Beschliessung des Hafens von Durazzo.

Nochmals die Monopolfrage.

Von Heinrich Cunow.

In einem zweiten Artikel (Nr. 47 vom 17. Februar) kommt der 'Vorwärts' nochmals auf die 'Monopolfrage' zurück. Daß sein Kritikus meinen Ausführungen über die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und Kohlenhandels nicht zustimmen werde, wußte ich im voraus. Ich habe gar nicht darauf gerechnet. Zwar erklärt der 'Vorwärts', er sei nicht schlechtweg für oder gegen die Verstaatlichung von Industriezweigen; es handle sich dabei um eine Zweckmäßigkeitsfrage, die je nach den konkreten Bedingungen des Einzelfalles zu entscheiden wäre. Aber es ist völlig klar, daß, wenn man, wie der 'Vorwärts' der Ansicht ist, es sei 'gehüpft wie gesprungen', ob der Staat den Kapitalprofit durch direkte Besteuerung oder durch Verstaatlichung privater Betriebe an sich bringe, es dürfe ferner keine Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken erfolgen und auch in keinem Falle eine Preisverhöhung der hergestellten Produkte eintreten, man dann notwendig unter den heutigen kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen zur Ablehnung jedes Staatsmonopols kommen muß; denn die Verstaatlichung erfolgt heute, wie ich bereits früher ausgeführt habe, zu fiskalischen Zwecken - nämlich zu dem Zweck, Staatseinnahmen, die sonst durch Steuern aufgebracht werden müßten, durch Einstreichung des Kapitalprofits zu beschaffen. Möglich, daß in einem fernem Zeitalter, vielleicht nach hundert, zweihundert, oder dreihundert Jahren, der Staat aus ganz anderen Motiven Industriezweige verstaatlicht, aber das kommt jetzt nicht in Betracht. Hier handelt es sich um die Aufbringung der Milliardenbeträge nach dem Kriege. Wohlweislich hütet sich denn auch der 'Vorwärts', näher anzugeben, welche Staatsmonopole er unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen für zweckmäßig hält und wie diese eingerichtet sein müßten, wenn sie seinen Ansprüchen genügen sollten. Er hat geradezu einen Abscheu davor, sich auf bestimmte konkrete Fragen einzulassen. Diese Abscheu vor allem konkreten geht sogar so weit, daß er die von mir erwähnte Tatsache, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte sich früher, z. B. bei der Beratung des Kaligesezes, ganz anders zur Monopolfrage gestellt wie er und damals bereits bestimmte Vorbedingungen für die Zustimmung zur Verstaatlichung festgelegt, einfach ignoriert. Statt dessen behilft sich der 'Vorwärts' mit allerlei Entstellungen meiner Ausführungen. Er sagt:

'Da er (Cunow) nur den fiskalischen Effekt im Auge hat, tritt er für die Verstaatlichung nicht des Bergbaues, sondern nur des Kohlenhandels ein. Entscheidend ist nämlich für ihn, daß bei einer solchen Operation der Verkauf von Kohlengruben, wozu ein großes Kapital nötig wäre und wodurch die Ergiebigkeit des Monopols herabgesetzt würde (die hohe Rente, die den Eigentümern der Gruben zu kapitalisieren wäre, würde in den ersten Jahren Uberschüsse kaum möglich machen), wegfällt. Der Staat übernimmt einfach die Betriebsgeschäfte des Kohlenhandels und sucht bei dem Kohlenhandel herauszuschlagen, was irgend herauszuschlagen ist. Und die Bergarbeiter? Ja, die bleiben einfach unter der Herrschaft der privaten Monopolisten. Das kümmert den Neo-Margisten nicht weiter. Ebensonst kümmert ihn, wie diese privaten Monopolisten mit den Kohlenverkäufern wirtschaften. In der Tat muß man stark umlernen, um zu solchen Gesichtspunkten zu gelangen.'

Demgegenüber konstatiere ich, und jeder Vorwärtsleser kann ja die Richtigkeit nachprüfen, indem er meinen Artikel in Nr. 42 zum Vergleich heranzieht:

1. Es ist unrichtig, daß ich nicht für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues eintrete, sondern nur für eine Verstaatlichung des Kohlenhandels. Ich fordere zwar nicht sofort Verstaatlichung sämtlicher einzelnen Gruben, sondern zunächst nur die Enteignung eines Teils des bisher den Zechenbesitzern zugefallenen Unternehmensgewinns, aber nur deshalb, weil meines Erachtens einer vollen Verstaatlichung unter den Kapitalverhältnissen, wie sie nach dem Kriege bestehen werden, sehr große Schwierigkeiten entgegenstehen. Ich schlage daher vor, die Kohlenindustrie vorläufig zu lösen, fordere aber, daß sie unter staatliche Kontrolle gestellt werden, und zwar soll der Staat über Ausdehnung und Einschränkung der Förderung und die Festsetzung der Preise bestimmen. Er soll auch bei Uebernahme der Kohlenmengen von den Zechen nicht jene Preise bezahlen, die von den Zechenbesitzern gefordert werden, sondern nur solche Preise, die den Zechenbetrieben eine mäßige Rentabilität sichern und nach den Durchschnittspreisen der letzten zehn oder fünfzehn Jahre berechnet werden.

2. Es soll keineswegs dem Staat respektive der Monopolverwaltung überlassen bleiben, wie der 'Vorwärts' das unterstellt, aus dem Kohlenvertrieb herauszuschlagen, 'was irgend herauszuschlagen ist', sondern ich

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Februar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem rechten Maasufer wurden auch gestern die schon berichteten Erfolge nach verschiedenen Richtungen ausgewertet. Die besetzten Dörfer und Höfe Champneuville an der Maas, Cotelettes, Marmont, Beaumont, Chambrettes und Ornes wurden genommen, außerdem sämtliche feindliche Stellungen bis an den Louvemonttränken gestürmt.

Wieder waren die blutigen Verluste des Feindes außerordentlich schwer, die unrigen blieben erträglich. Die Zahl der Gefangenen ist um mehr als 7000 auf über 10 000 gestiegen, über die Beute an Material lassen sich noch keine Angaben machen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Februar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Stellenweise Geschüßkämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen in Albanien haben gestern die tags zuvor östlich und südöstlich von Durazzo geschlagenen Italiener in scharfer Verfolgung auf die Landzunge westlich der Durs-Zeiche zurückgetrieben. Die Hafenanlagen von Durazzo liegen im Feuer unserer Geschütze. Die Einschiffung von Mannschaft und Kriegsgeschütz wird erfolgreich gefördert. Das Austreten einiger italienischer Kriegsschiffe blieb ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse. Wir nahmen in diesen Kämpfen bisher elf italienische Offiziere und über hundert Mann gefangen und erbeuteten fünf Geschütze und ein Maschinengewehr.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Döefer, Feldmarschalleutnant.

fordere als selbstverständlich eine Mitwirkung des Reichstags sowie die Erwählung von Beiräten und Prüfungsausschüssen.

3. Ebenso unrichtig ist, daß ich die Arbeiter einfach unter der Herrschaft der privaten Monopolisten belassen wolle und mich um sie garnicht kümmerge. Zu Anfang meines Artikels in Nr. 42 des 'Vorwärts' teile ich die Bedingungen mit, welche die Reichstagsfraktion beim Kaligesez bezüglich der Stellung der Arbeiter in staatlichen Monopolbetrieben aufgestellt hat (volle Koalitionsfreiheit, Arbeiterschutz, achtstündiger Arbeitstag, Wahl von Arbeiterausschüssen, Festsetzung von Mindestlohnjahren) und füge hinzu, es läme weiterhin noch in Betracht, 'wieweit die in der Arbeit Verbleibenden sich künftig besser stehen würden, welche hygienischen Maßregeln garantiert würden usw.'

Ferner habe ich nicht behauptet, es sei mir gleich, ob die Kohlen nach dem Kriege teurer würden, sondern nur, es sei wahrscheinlich, daß eine Preissteigerung erfolge, ob nun das heutige Privatmonopol bestehen bleibe oder aber dieses durch ein Staatsmonopol ersetzt würde. Dazu meint der 'Vorwärts', Preissteigerungen brauchten gar nicht einzutreten, der Staat müsse ihnen kurzweg einen Damm entgegensetzen. Schön, aber eine solche Preisregulierung kann, soweit das überhaupt im kapitalistischen Staat möglich ist, nur durch eine Art Staatsmonopol erfolgen. Oder glaubt tatsächlich der 'Vorwärts', eine solche Preisregulierung könne jederzeit ohne Rücksicht auf die Verhältnisse des internationalen Kohlenmarktes einfach durch Festsetzung von Höchstpreisen erfolgen? Das wäre herrlich: der Staat setzt kurzweg für alle wichtigen Artikel niedrige Höchstpreise fest - und alle Preisprobleme sind gelöst!

Noch kommen wir auf die Hauptfrage zurück: Wenn nach dem Kriege eine Aufbringung der nötigen Milliarden durch direkte Steuern nach der Ansicht aller, die etwas von Steuerpolitik verstehen, unmöglich ist, indirekte Steuern aber die ärmeren Volksschichten zu schwer belasten und Staatsmonopole zu fiskalischen Zwecken nicht eingeführt werden dürfen, wie sollen dann die Milliarden aufgebracht werden? - Hat der 'Vorwärts' ein Rezept da-

für in Bereitschaft? Dann beraubt damit. Die ganze Partei wäre aus einem Dilemma befreit. Weiß aber der 'Vorwärts' kein solches Rezept und konzentriert sich seine ganze Weisheit auf die bloße Formel: 'Was geht uns der ganze heutige Staat und seine Steuernöte an; wir machen überhaupt nicht mit!' - nun so bedeutet das nichts anderes, als eine direkte Freigabe der Arbeiterinteressen, denn die Folge wäre, daß die bürgerlichen Parteien einfach die neue Steuer- und Finanzreform nach ihrem Gutdünken und ihren Interessen durchführten.

Sobald der 'Vorwärts' mit praktischen Vorschlägen kommt, bin ich gerne zu weiterer Diskussion bereit. Das hineinreden ins Blaue hat keinen Zweck.

Zum Schluß wird gar noch der 'Vorwärts' poetisch und empfiehlt mir zur Beherzigung einige Verse aus Gethens Klage über ihre verlorene Unschuld. Das Zitat hat mir sehr gefallen - zumal da mir dabei die reine Unschuld des 'Vorwärts' vor die Augen trat. Aber da der 'Vorwärts' für den Goetheischen Faust eine solche Vorliebe hat, wird er nicht übernehmen, wenn ich mit einem anderen Zitat aus Faust antworte:

Sieht ihr nur immer! Leimt zusammen,
Braubt ein Ragout von andrer Schmand,
Und bläst die kümmerlichen Pfannkuchen
Aus eurem Eschenhäuschen raus!
Bewunderung von Kindern und von Affen,
Wenn euch danach der Gaumen steht -

Anmerkung der Redaktion: Wir haben dem Genossen Cunow sehr ausführlich zu Worte kommen lassen, müssen aber unsere Antwort, die kürzer sein wird, wegen starken Stoffandrangs auf einige Tage verschieben. Bemerken möchten wir heute nur, daß Genosse Cunow über ein Jahrzehnt lang gerade in Steuerfragen die 'Ragouts' des 'Vorwärts' 'gebraut' hat.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. Februar. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag.

Im Artois Handgranatenkampf östlich von Souchez. In der Gegend nördlich von Verdun dauerte der Kampf mit derselben Heftigkeit während der ganzen Nacht vom rechten Maasufer bis südlich von Ornes an. Infolge der Heftigkeit der feindlichen Beschichtung unserer vorgeschobenen Stellung von Brabant-sur-Meuse räumten unsere Truppen das Dorf, von der Dunkelheit begünstigt und durch das Seitenfeuer von unseren Stellungen auf dem linken Maasufer unterstützt. Ein auf Samogneux gerichteter Angriff wurde abgeschlagen. Ein anderer durch mindestens eine Brigade unternommener, gegen den Wald von Caures gerichteter Angriff nahm einen Zell dieses Waldes wieder ab, dessen südlicher Zipfel von uns gegenwärtig gehalten wird. Sämtliche auf Beaumont gerichteten Angriffe waren nicht insstande, uns aus diesem Ort zu vertreiben, vor welchem unsere Stellungen liegen. Westlich dieses Abschnittes beherrschen wir jenseits Ornes die südlich Herbebois gelegenen Laufgräben. Die zur Verminderung unnötiger Verluste vorgeschriebenen Rückzugsbewegungen wurden in ausgezeichneter Ordnung durchgeführt, ohne daß der Feind, der nur unter beträchtlichen Schwerverlusten und Verlusten vordrang, unsere Front an irgend einem Punkt zu durchbrechen vermochte. Langsame und andauernde Beschichtung in dem Abschnitt Ornes-Fromezy. In Lothringen faßte der Feind in einem unserer vorgeschobenen Posten am Cheminetaud Fuß, aus dem wir ihn sofort verjagten. Einige Patrouillenzusammenstöße östlich von Reillon. Im Laufe der gestrigen Nacht warf ein unserer Beschichtungsgeschwader 45 Geschosse, darunter mehrere starke Kalibers, auf die Bahnanlagen von Reg-Sablon und auf die Gastwerke dieser Gegend, wo wir sofort einen großen Brand beobachteten.

Paris, 25. Februar. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Auf die feindlichen Werke westlich von Raismont-Champagne und südlich von St. Marie-la-Perche richteten wir ein wohlgezieltes Feuer. In den Argonnen Fortschrittsfeuer auf die deutschen Schanzwerke von Bisse-Morte. In der Gegend nördlich von Verdun fuhr der Feind fort, unsere Front von der Maas bis südlich Fromezey mit der gleichen Heftigkeit zu beschleichen. Zwischen Malancourt und dem linken Ufer der Maas nahm die Tätigkeit der Artillerie etwas ab. In dieser Gegend kam es noch zu keinem Infanteriegefecht. Zwischen dem rechten Ufer der Maas und Ornes legte der Feind die gleiche Erbitterung an den Tag wie gestern und verbleibende seine währenden Angriffe. Er ließ Haufen von Leichen auf dem Gelände zurück, ohne daß es ihm gelang, unsere Front zu durchbrechen. In den zwei Flügeln nahmen wir unsere Linien einerseits hinter Samogneux, andererseits südlich Ornes zurück. Unsere Artillerie erwiderte ohne Unterlaß der Artillerie des Feindes. In Lothringen wiesen wir eine feindliche Erkundungsabteilung, die sich einem der kleinen Posten nördlich von St. Martin zu nähern suchte, zurück und verfolgten sie.

Belgischer Bericht. Geringfügige Tätigkeit der Artillerie an der Front der belgischen Armee.

Die englische Meldung.

London, 24. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Wir brachten in der vergangenen Nacht gegenüber von Hulsch eine Mine zur Explosion und besetzten den Trichter. Heute endete der Artillerielampf bei Bactmour (?) zu unseren Günstigen. Unsere Artillerie beschoß mit Erfolg die feindlichen Werke in der Nähe von Brestinghien an dem Ipern-Comines-Kanal östlich von Voefinghe.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 25. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 24. Februar.

Westfront: In der Gegend von Riga und dem Abschnitt Oger-Probingshof überflogen deutsche Flugzeuge unsere Stellungen und warfen Bomben ab. In der Gegend von Oger nahm der Feind seine nächtliche Beschießung wieder auf und schickte eine Abteilung mit blanker Waffe gegen unsere Gräben vor; sie wurde durch unser Feuer vertrieben. In der Gegend von Dvinsk, bei der von Poniewiez kommenden Eisenbahn, und nördlich von Czartorzel waren unsere Abteilungen den Gegner zurück und gingen selbst vor. In der Gegend von Pelja (9 Kilometer südwestlich Dlysa) schickte der Feind anscheinend russische Frauen zum Arbeiten an die dem Feuer ausgelegten Punkte vor. In Galizien, in der Gegend der Dörfer Gladk und Worobijonka (15 Kilometer nordöstlich Tarnopol) liegen wir eine Mine springen und besetzten den Sprengtrichter. Der Feind beschoß die Stelle an der die Explosion stattfand, ohne Erfolg; er schleuderte mit Mörsern und Bombenwerfern Geschosse, die während ihres Fluges ein Geräusch wie ein Propeller hervorriefen. Bei Michalze warf der Feind Bomben in den von uns besetzten Sprengtrichter, er versuchte anzugreifen, wurde aber durch unser Feuer zurückgeworfen.

Schwarzes Meer: In der Nähe des Bosporus wurden unsere U-Boote zweimal erfolglos von zwei feindlichen Ziegern angegriffen. Die U-Boote versenkten einen mit Kohlen beladenen Begler.

Kaukasus: Unsere Abteilungen dringen erfolgreich dem Feinde nach.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 24. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Popenale (Nenz) entfaltete die feindliche Artillerie eine besondere Tätigkeit gegen unsere Stellungen auf dem Monte Piano, ohne Schaden zu verursachen. Auf den Höhen nordwestlich von Orz näherten sich feindliche Abteilungen in der Nacht zum 23. Februar unseren Linien im Abschnitt von Petuma, wo sie anfangen, Bomben mit betäubenden Gasen zu schleudern. Das Feuer unserer Infanterie und einige gutgezielte Granaten einer Batterie genügten, um den Angreifer zurückzuwerfen. In der gesamten Operationszone ist reichlich Schnee gefallen. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 25. Februar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

Am 23. Februar schleuderten an den Dardanellen ein feindlicher Panzer und zwei Kreuzer, deren Feuer durch Beobachtungsflugzeuge geleitet wurde, erfolglos einige Granaten gegen die Küsten von Milia und Palantulus. Eins unserer Wasserflugzeuge trieb die feindlichen Flugzeuge in die Flucht. Ein anderes Minenschiff und ein Kreuzer schleuderten ebenfalls erfolglos einige Geschosse gegen Sedd ul Bahr und Lese Burun und zogen sich darauf zurück.

Von den verschiedenen anderen Fronten ist keine Nachricht über wichtige Veränderungen eingetroffen.

Griechischer Protest gegen Neutralitätsverletzung.

Athen, 24. Februar. (W. Z. V.) (Verpätet eingetroffen.) In der Kammer interpellierte Telexidis über die Verhaftung des österreichisch-ungarischen Konsuls in Chios. In den schärfsten Worten warf er den Ententemächten vor, daß sie alle menschlichen und göttlichen Gesetze verletzten, und forderte energische Maßnahmen der Regierung. Ministerpräsident Saludis erwiderte, daß die Regierung die Empörung des Abg. Telexidis vollkommen teile. Der von ihm gerühmte Vorfall sei aber nur ein neues Glied einer langen — er wolle nicht sagen — endlosen Reihe ähnlicher Uebergriffe. Die Regierung könne unglücklicherweise nichts anderes tun, als in jedem einzelnen Falle mit aller Energie Protest erheben und die Freilassung der Verhafteten verlangen, ob nun diese Einheimische seien oder Fremde, welche ein Recht auf Griechenlands Gastfreundschaft haben. In Chios seien auch hellenische Staatsangehörige verhaftet worden. Leider

An der Düna.

den 5. Februar 1916.

Zusammen mit Soldaten machte ich schon eine Reihe von Eisenbahnfahrten im besetzten Gebiet. Teilweise noch in Hörweite des Kampfbogens an der Front. Die Mitreisenden waren zuweilen stumm und ernst, dann aber auch wieder redselig; die Lebhaftigkeit steigerte sich bis zu lärmender Fröhlichkeit. Man hört Berliner Redensarten, rheinische Witze, volkstümlich geflügelte Ausprüche und Scherzreden in den verschiedensten Dialekten. — Ueberwiegend sprechen die Soldaten von ihren persönlichen Verhältnissen im Dienst und in der Heimat. Die Kriegsergebnisse, die außerhalb ihrer eigenen Erlebnisse liegen, werden wenig berührt. Ihre seelischen Eindrücke und Stimmungen in schweren, gefährlichen Stunden, bei blutigem Ringen umschreiben einige Leute einfach mit allgemeinen Begriffsbestimmungen, wie: „entsetzlich, schrecklich, furchterlich“ oder „zum Wahnsinn werden“. Andere erklären: „Ich habe eigentlich nichts gedacht, ich lief mit.“ — „Na, ängstlich war es doch“, rief einmal jemand dazwischen. Niemand widersprach. Nur wenige Menschen geben sich betruht Rechenschaft, ebensowenig über die Motive ihres Tuns wie über die seelischen Einwirkungen, die außerordentlichen Ereignisse auf sie ausüben.

Die Erfahrung, daß die Unterhaltung der Soldaten meistens auf ihre näheren und äußeren Verhältnisse sich beschränkt, machte ich auch auf meinen Eisenbahnreisen nach Deutschland. Bei solchen Gelegenheiten fuhr ich fast stets mit Soldaten zusammen, die ein Urlaub in die Heimat brachte oder die nach Beendigung eines Urlaubs an ihren Dienstort zurückkehrten. Untereinander sprachen sie wenig von dem großen blutigen Ringen. Ihre Unterhaltung lag fast ausschließlich über die Grenzen ihrer eigenen persönlichen Verhältnisse im Dienst, in der Familie und in ihrem bürgerlichen Berufsleben hinaus. Die Lebensmittellieferung wurde selten vergessen. Veranlaßt man sie zu einer Aeußerung über den Krieg, dann beurteilen sie ihn als Natur, als Folge bössartiger Treibereien gegen Deutschland, als einen Akt der Notwehr, zuweilen jedoch auch als geschichtliches Ereignis, das aus den weltwirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsen sei. Kritische Urtheile, solche der Ungünstigkeit, wagen sich selten frei und rückhaltlos heraus. Von Genossen vernahm ich die Meinung, daß nach dem Kriege eine kräftige Entschleunigung nicht verhindert werden könne, andere waren der Ansicht, daß nach Friedensschluß Interesselosigkeit und das Aufgehen in den persönlichen Angelegenheiten das politische Leben eher noch mehr verdrängen lasse als es

muß ich feststellen. Schloß Stulabis, daß alle erhobenen Proteste mit ganz seltenen Ausnahmen nicht den Erfolg gehabt haben, den sie mit Rücksicht auf das gute Recht Griechenlands hätten haben müssen.

London, 25. Februar. (W. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Der österreichisch-ungarische Konsul und der Vizekonsul, die in Saloniki bezw. Mytilene festgenommen worden sind, wurden nach Genf besördert, wo sie ihre Freiheit wieder erhalten sollen.

Griechenlands Haltung.

Rom, 24. Februar. (W. Z. V.) Die griechische Gesandtschaft gibt folgendes bekannt: Die bulgarische Telegraphen-Agentur hat die Nachricht verbreitet, der griechische Gesandte in Sofia habe dem Ministerpräsidenten Radoslawow erklärt, daß Griechenland neutral bleiben würde, selbst wenn Saloniki von den Bulgaren angegriffen werden würde. Diese Nachricht ist unbegründet. Der griechische Gesandte in Sofia hat keinerlei Erklärung abgegeben.

Die „Westburn“.

Amsterdam, 25. Februar. (W. Z. V.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Madrid, daß der von den Deutschen beschlagnahmte britische Dampfer „Westburn“ britische und französische Kriegsschiffe passierte, ohne Verdacht zu erregen. Als er in Santa Cruz ankam, begab sich ein britischer Kreuzer, der im Hafen lag, sofort auf die offene See, um das Schiff zurückzuerobern, falls es die spanischen Gewässer verlassen sollte. Als jedoch die 206 Gefangenen der sechs feindlichen Schiffe an Land gebracht waren, verließen die Deutschen binnen 24 Stunden den Hafen und ließen die „Westburn“ in die Luft fliegen. Die Preisbesatzung kehrte hierauf in Booten nach Teneriffa zurück.

Teneriffa, 25. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Der Kapitän eines der Schiffe, die von den Deutschen versenkt worden sind, erklärte in einer Unterredung, daß die sog. „Löwe“ ein Schiff von 2000 bis 2500 Tonnen sei, das sechs 17,5-Zentimeter-Kanonen, zwei Torpedolonziertore und zahlreiche Minen führe. Der Dampfer soll 17 Knoten laufen können, die Besatzung habe aus 200 bis 2500 Mann bestanden. Das Kommando habe ein Graf Dobna geführt. Die Besatzung der „Luzemburg“ erzählte, daß sie auf der „Westburn“ gut behandelt wurde. An Bord wurde sie von hundert mit Handgranaten bewaffneten Deutschen bewacht. Die „Westburn“ führte 5000 Tonnen Steinkohle.

Zur Beschlagnahme der Schiffe in Portugal.

Paris, 24. Februar. (W. Z. V.) Die Agence Havas meldet aus Lissabon: Die Zahl der auf dem Tago ankommenden deutschen Schiffe, die mit Beschlagnahme belegt worden sind, beträgt 35.

„Temps“ meldet, daß die Bestandsaufnahme und die Entladung der Schiffe sich ohne Zwischenfall vollzogen haben. Die Schiffe einer portugiesischen Division nahmen vor den beschlagnahmten Schiffen Stellung, um jedem Versuch eines Widerstandes zu begegnen. Die Beschlagnahmungen wurden im Namen des Marineministers von Offizieren der Kriegsmarine mitgeteilt, und die portugiesische Flotte geht. Das an Bord der Schiffe verbliebene deutsche Personal wurde ausgeschifft und durch portugiesisches Personal ersetzt. Nachdem alles beendet war, gab der Kreuzer „Basco de Gama“, der die Flotte des Flottenkommandanten trug, 21 Schüsse ab. Die Regierung erklärte, daß es sich nicht um einen kriegerischen Akt handelt, sondern um eine einfache, im öffentlichen Interesse gelegene Maßnahme, und daß der portugiesische Gesandte in Berlin beauftragt worden sei, dies der kaiserlich-deutschen Regierung zu erklären. Den Besatzern der Schiffe sind alle Garantien zugesichert worden.

Amsterdam, 25. Februar. (W. Z. V.) Nach einem Bericht des „Times“-Berichterstatters in Lissabon erfolgte die Beschlagnahme der 36 deutschen und österreichischen Schiffe ganz unerwartet. Einige Kapitäne boten einen schriftlichen Protest an. Zwei portugiesische Kriegsschiffe hielten drei Stunden lang Wache. Die deutschen Matrosen wurden an Land gebracht. Der portugiesische Minister des Meeres teilte mit, daß dieser Schritt unternommen wurde, weil die Regierung fürchtete, daß die Schiffe zu flüchten versuchen würden, auch hätte die Regierung sie für Transportzwecke nötig. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß darüber vorher keine Verhandlungen mit Deutschland geführt worden wären. Die Regierung habe lediglich die Tatsache der Beschlagnahme telegraphisch dem portugiesischen Gesandten in Berlin gemeldet mit dem Auftrage, die deutsche Regierung davon in Kenntnis zu setzen.

lebensdiger zu gestalten. Bei solchen Gelegenheiten hört man gewöhnlich auch nur allgemeine Urteile. Es fehlt den Leuten die formale Gewandtheit, um ihre Ansichten, vielfach auch nur instinktive Ueberzeugungen, in Worte zu kleiden, und es mangelt ihnen die Kenntnis der geschichtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. Für die meisten Soldaten ist der Krieg ein Ereignis, das man nicht gewöhnt hat, mit dem sie nun aber, da es wie ein Naturereignis über die Völker hereinbrach, sich wohl oder übel abfinden müssen. Ungefähr so wie mit einem Dammbruch, der vieler Menschen Leben und Existenz bedroht.

Vor Smorgon traf ich einen Hauptmann, der gerade von einem Urlaub aus der Heimat zurückgekommen war. Die Reden donnerten, die Gesichter heulten hinüber und herüber; beim Einschlafen waren sie schwarze Dredtrichter aus. Es war kein sehr aufregendes Bild, immerhin bestand die Gefahr, im nächsten Augenblick mit einer Granate unangenehme Bekanntschaft zu machen. Der Hauptmann erklärte, er sei froh, wieder an der Front zu sein. Nicht aus Freude an dem Kriegselben, sondern weil es zu Hause jetzt nicht zum Aushalten sei. Jeder Bekannte betrachte einen Krieger als ein fugsames Objekt seiner Disziplin. Vom Krieg solle man erzählen, immer vom Krieg. Jeder will zu denen gehören, die etwas Neues aus erster Hand weiter erzählen können. Dabei wollte er ausspannen, vom Kriege weder etwas sehen noch hören. — Solches Ausspannen hat schließlich jeder Soldat nötig, auch dann, wenn er nicht organisch krank oder entkräftet ist. Das dauernde Kriegstreiben macht die Menschen seelisch krank. Sie hungern nach einer anderen Umgebung, nach physischer Ruhe. Darum gewährt mancher Arzt, der solche Zustände berührt, und wenn es die Verhältnisse gestatten, Leuten, die weder verletzt noch körperlich krank sind, für kurze Zeit Aufenthalt im Bazar, man gewährt ihnen Erholungsurlaub. Für Offiziere, die ihren Urlaub nicht in der Heimat verleben wollen, werden hinter der Front Erholungsheime eingerichtet.

Allen Bekannten und meiner Frau, bemerkte der Hauptmann weiter, erklärte ich daher: „Solange ich hier bin, darf vom Kriege nicht gesprochen werden.“ Aber auch die andere Unterhaltung behagte mir nicht lange. Kleinigkeiten des Lebens, Brot- und Butterkarten, Fleischpreise usw. bildeten den Hauptgesprächsstoff. Davon hört man hier draußen wenigstens nicht.

Die Regenfrage, unter dem Gesichtswinkel der Feuerung betrachtet, spielt in der Heimat eine größere Rolle als im Felde. Hier kommt es nur darauf an, daß es überhaupt etwas zu essen gibt und was es gibt, nicht was es kostet. Der Soldat steht inmitten gewaltiger erschütternder ablenkender Ereignisse, die an die

Athen, 25. Februar. (W. Z. V.) Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Neutermeldung aus Lissabon, wonach Portugal zur Beschlagnahme der auf dem Tago liegenden deutschen Schiffe schritt, ist hier amtlich noch nicht bestätigt. Solange eine Beschlagnahme nicht vorliegt, kann von hier aus in der Angelegenheit nichts gesehen. Man muß abwarten, ob tatsächlich ein solcher Beschluß Portugals vorliegt. Einströmen sei aber darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages sowohl Deutschland wie Portugal berechtigt ist, die in ihren Häfen liegenden Schiffe gegen Entschädigung zu requirieren.

Das Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen.

Washington, 24. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Der Demokrat Gore versuchte, im Senat eine Bill und eine Resolution einzubringen, durch welche die Amerikaner davor gewarnt werden mit bewaffneten Handelsschiffen der Kriegführenden zu reisen. Der Republikaner Graubigeer verhinderte die Verhandlung darüber, indem er Beschlüsse dagegen einlegte. Im Repräsentantenhaus brachte Wendell eine ähnliche Bill ein. Man hält es für unwahrscheinlich, daß die Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten dem Hause über eine derartige Maßregel Bericht erstatten wird. Es ist eine politische Krise eingetreten, da Wilson von einer Revolte der Demokraten gegen seine Führung bedroht wird. Aber der Präsident bleibt bei der Weigerung, sich auf irgend eine Gesetgebung einzulassen, durch welche den Amerikanern verboten würde, in bewaffneten Handelsschiffen der Kriegführenden zu reisen.

New York, 24. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Die demokratischen Parteiführer drohten, sich von Wilson loszusagen. Wilson teilte den Vorsitzenden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten von Senat und Repräsentantenhaus mit, daß er es nicht länger ertragen würde, daß man der Regierung Venglichkeit vorwerfe. Der Washingtoner Korrespondent des „New Yorker Herald“ teilt mit, daß heute mittig die demokratischen Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses den Vorsitzenden beauftragten, Wilson zu sagen, daß sie ihn in seinem Standpunkt, daß Amerikaner das Recht haben, auf feindlichen bewaffneten Handelsschiffen zu reisen, nicht unterstützen werden. Dieses Auftreten wird als offene Drohung, einen Bruch mit der Regierung herbeizuführen, betrachtet. Diese Demokraten verlangen, daß Wilson die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten feindlichen Schiffen warne. Im Senat werden die Demokraten trachten, einen Beschluß durchzusetzen, daß der Präsident eine solche Warnung an die Amerikaner richten solle. Der Präsident bleibt jedoch, wie der Korrespondent des „New Yorker Herald“ meldet, hartnäckig bei seiner bisherigen Politik. Die „New York Times“ schreibt in einem Leitartikel: Wilson wird seine ganze Standhaftigkeit, seine ganze Kraft und sein großes Ansehen nötig haben, um der Leute Meister zu bleiben, die sich gegen ihn innerhalb und außerhalb des Kongresses verschworen haben. Wilson hat die Unterstützung des Landes. Seine Widersacher werden von Glück sagen können, wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen noch in ihren eigenen Wahlkreisen Unterstützung finden.

Nach einer anderen Neutermeldung aus Washington vom 25. hat Wilson an den Vorsitzenden der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten Stone geschrieben, er könne keine Verletzung der Rechte der Amerikaner in irgendeiner Beziehung dulden. Die Ehre und Selbstachtung der Nation stünden auf dem Spiele. Die Amerikaner wünschten schließlich den Frieden und würden ihn um jeden Preis, außer dem Verluste der Ehre aufrechterhalten.

Die amerikanischen Republiken und das Völkerrecht.

New York, Ende Januar 1916. (Fig. Ver.)

Das amerikanische Institut für internationales Recht hat auf dem vor kurzem in Washington tagenden panamerikanischen wissenschaftlichen Kongress eine Erklärung der Völkerrechte beschlossen, die die Grundsätze der in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung enthaltenen Menschenrechte auf die Beziehungen der Völker zueinander anwendet. Das Institut, dem je fünf Vertreter der einundzwanzig amerikanischen Republiken angehören und das unter seinen nordamerikanischen Mitgliedern den Staatssekretär Lansing und zwei frühere Staatssekretäre der Vereinigten Staaten zählt, wird als eine halbamtliche Einrichtung angesehen. Jedenfalls sind seine Beschlüsse beachtenswert.

Die fünf Prinzipien, die es aufgestellt hat und die mit juristischen Argumenten begründet werden, lauten:

1. Jede Nation hat das Recht zu existieren, ihre Existenz zu beschützen und zu bewahren; aber dieses Recht schließt nicht das Recht des Staates ein, noch rechtfertigt es die Handlung des Staates, sich selbst zu schützen oder seinen Bestand zu wahren durch das Begehen ungesetzlicher Handlungen gegen unschuldige und friedliche Staaten.

Dahingebliedenen nicht in derselben Weise heranretren. Man spürt die Kriegswirkungen im Lande allgemein nur durch die Teuerung, die eine Störung und Erschwerung in den Lebens- und Ernährungsbedingungen verursacht. Diese Störung und Erschwerung nimmt daher auch in hervorragendem Maße das Interesse in Anspruch. Im Felde ist das Leben ausgeproben auf das Unmögliche eingestellt. Geistige und allgemeine Interessen treten dahinter zurück. Ramentlich auch bei solchen Offizieren, die einen Dienst mit eng umgrenzter, von den kriegerischen Ereignissen wenig beeinflusster, der eigenen Initiative keinen großen Spielraum einräumenden, teilweise auch mechanischer Tätigkeit obliegen. Ein Teil der Offiziere in den Etappen, in den verschiedenen Bureaus hinter der Front kommen dabei vornehmlich in Betracht. Ihres Tagewerks ziemlich gleichgestellte ihr beginnt mit dem bestimmten und endet mit dem bestimmten Glockenschlag. Die Arbeit gibt keine Anregungen, der Verkehr mit der Heimat, dem allgemeinen geistigen Leben und neuen Geistesströmungen, Erfindungen sowie Veränderungen, die das Berufsleben betreffen, ist nicht lebhaft genug, um das Manis auszugleichen, und immer nur vom Kriege zu sprechen, das vertritt auf die Dauer kein Gemüt. Nur ganz willensstarke Naturen können unter solchen Umständen die verschiedenen Wirkungen vollständig abwehren. Bei weniger ausgeprägten Charakteren tritt die Sorge um das materielle Wohl und um materielle Genüsse mehr in den Vordergrund. Bei den Frontsoldaten macht sich derselbe Zug bemerkbar. Er kommt her aus einer anderen Richtung. Der Dienst stellt sehr oft und auf längere Zeit an ihre körperliche und seelische Leistungsfähigkeit große Anforderungen. Und es werden Leistungen vollbracht, die man bisher nicht für möglich hielt. Für solche Kraftausgaben will Körper und Geist sich entschädigen, das ausgepumpte Refektor wieder aufgefüllt werden. Zu der rein physischen Reaktion kommt das psychische Moment. Auch nach großen moralischen Strapazen stellt sich das Bedürfnis nach körperlichem Wohlbehagen ein, nicht nur nach guter Verpflegung und nach angenehmen Quartieren, sondern auch nach Entspannung. Man treibt Kurzweil, ergötzt sich an allerhand Spielen und an Musik. Dabei der große Konium von Musikinstrumenten im Felde. Einige oder mehrere Mundharmonikas sind fast in jedem Unterhand zu finden. Kann doch der Lebensfaden jeden Tag abreißen! Die noch gegebene Frist will man ausnützen. Mut und Tapferkeit stehen ja auch mit dem Mogen in enger Beziehung. Hunger und körperliches Unbehagen verleiht den militärischen Tugenden keine starken Weine. Dem Heroismus, der nur von Idealen und Ideen leben soll, geht schnell der Atem aus. Düll, Kriegsberichterstatter.

Das Abgeordnetenhaus über den Geburtenrückgang.

Das preussische Abgeordnetenhaus widmete seine Sitzung am Freitag der Erörterung des Geburtenrückgangs, einer Frage, die schon lange vor dem Kriege die Aufmerksamkeit der Regierung und weiterer Kreise des Volkes erregt hat, und angeht die gewaltigen Opfer des Vorkriegs und die ernsteste Beachtung verdient. Der konservative Abg. Frhr. Schenk zu Schweinsberg hielt dabei eine seiner üblichen Apuziterpredigten und erging sich in Ausfällen gegen die Sozialdemokratie. Von unserer Seite griff Genosse Dirckx in die Debatte, der auf den Zusammenhang zwischen Volksgezundheit und wirtschaftlicher Lage des Volkes hinwies und Reformen größeren Stils verlangte. Unser Redner trat bei dieser Gelegenheit unter anderem auch für die Gewährung des Koalitionsrechts an das Personal der Krankenpflege ein. Die Leistungen der Krankenpfleger namentlich während des Krieges hatte auch der Minister des Innern rühmend hervorgehoben, aber über seine Stellung zum Koalitionsrecht sich zu äußern, hatte er nicht für nötig befunden.

Die vorliegenden Anträge, die sich auf die Regelung des Haltetinderwesens, auf finanzielle Unterstützung der Säuglingsfürsorge und auf Aenderung der Reichsversicherungsordnung nach der Richtung beziehen, daß die Reichswochenhilfe zur Regelleistung der Krankerversicherung wird, wurden zur Vorberatung an Kommissionen verwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, der die Einbringung eines Wohnungsgesetzentwurfs verlangt, sowie die Anträge der Staatshaushaltskommission auf Forderung des Bezirkshebammenwesens und auf Erlass eines Reichsgesetzes betr. Verbot des Vertriebs von Gegenständen, die zur Verhütung der Empfängnis geeignet sind.

Sonnabend: Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Preussisches Herrenhaus.

Während im Abgeordnetenhaus eine vielstündige Debatte über den Geburtenrückgang, die Volkskrankheiten und die Sittlichkeit geführt wurde, vertiefte man sich gestern im Herrenhaus in das preussische Fiskalgesetz. Das Gesetz wurde in einer einzigen Sitzung erledigt. Aber das Haus nahm doch noch eine Aenderung vor. Während nämlich nach der ursprünglichen Regierungsvorlage und nach den Kommissionsbeschläffen die Angelscheine gebührenfrei sein sollten, fanden sich im Herrenhause Stimmen dafür, daß die Angler für ihr Vergnügen doch auch etwas bezahlen sollen — ein Verlangen, das man schließlich nicht gerade als unbillig bezeichnen kann. Dieser Meinung schloß sich auch der Landwirtschaftsminister an, indem er seine Zustimmung zu dieser Aenderung gab, die dann auch schließlich in das Gesetz hineinlief. Es werden also die ganzjährigen Angelscheine 5 M. und Angelscheine für einzelne Monate 1 M. kosten, wenn das Abgeordnetenhaus sich gleichfalls dieser Aenderung anschließt. Mit dieser einen Modifikation wurde das Fiskalgesetz angenommen.

Darauf nahm das Herrenhaus noch den Gesetzentwurf an, der der Universität Münster einen Vertreter in der Generalynode einräumt, und das Haus genehmigte die Aenderung der Verordnung zur Förderung des Wiederaufbaus Ostpreußens. Am Sonnabend mittag werden kleinere Vorlagen beraten.

Ankauf bulgarischer Schweine für Breslau. Die Stadtverordneten in Breslau beschloßen in geheimer Sitzung, 3 1/2 Millionen Mark für den Ankauf bulgarischer Schweine zu bewilligen.

Finanzsorgen der Kommunen.

Der Hamburger Staatshaushalt wurde am 23. Februar in der Bürgerkammer beraten. Der Senat hatte eine vorläufige Abrechnung für das Jahr 1915 vorgelegt, nach der sich ein Fehlbetrag von mehr als 105 Millionen ergibt. Senator Dr. Diestel bemerke einleitend, daß diese Summe höher erscheine, als sie in Wirklichkeit sei, und daß sie durch Mehrerlöse und Winderlöse ausgedrückt sei, nach dem Kriege an Mindestunterstützungen 20 Millionen zurück zu erhalten. Wenn das Gesamtergebnis auch höhererfreudlich sei, solle man sich doch keine Illusionen machen. Die Erhöhung der Einheit bei der Einkommensteuer von 8 1/2 auf 10 werde nicht genügen. Der Senat berate bereits, wie die direkten Steuern ertragreicher gestaltet werden könnten. Im Fortgang der Beratung wurde der Erhöhung der Einkommensteuer von 8 1/2 auf 10 Einheitsätze zugestimmt.

Die Schuldenlast der Stadt Dortmund ist in den letzten zwei Jahren gestiegen von 110 Millionen auf 126,6 Millionen Mark. Wie der Bürgermeister Dr. Adlitz in der Stadtverordnetenversammlung mitteilt, weist der Haushalt der Stadt am Beginn des Geschäftsjahres 1916 einen Fehlbetrag von 2 220 000 M. auf, während am Anfang des Jahres 1914 frühere Ueberschüsse in Höhe von 2 250 000 M. zur Verfügung standen. Es sind also in den zwei Kriegsjahren 1914/15 rund 4,5 Millionen Mark mehr verbraucht worden, als gedeckt werden konnten. Das starke Anwachsen der Schuldenzinsen, die Mindererträge der Umsatzsteuer, Wertzuwachs- und Luftfahrzeugsteuer, sowie die erhöhten Bedürfnisse der Armen- und Schulverwaltung, haben die Verschlechterung des Finanzwesens herbeigeführt. Der Fehlbetrag von 2 220 000 M. soll nach dem Vorkriegsstand gedeckt werden durch höhere Ueberschüsse des Elektrizitätswerkes, Ersparnisse in der Tiefbau- und Gartenbauverwaltung, der Straßenbeleuchtung und Straßenreinigung. Ferner soll die Straßenbahn aus ihrem angesammelten Gewinnausgleichsfonds 100 000 M. beitragen, der Rest soll durch anderweitige Regelung städtischer Gebührens (Abfallabfuhr, Entwässerung usw.) und Einführung einer Biersteuer gedeckt werden.

Am Ende 1915 hat die Stadt Dortmund insgesamt über 11 Millionen Mark an Kriegsunterstützungen verausgabt, davon etwa 2 Millionen Mark für Mietzuschüsse, und für Kinder-, Kranken- und Wöchnerinnenfürsorge 1/2 Million Mark.

Innerbelgischer Paketverkehr.

Vom 1. März ab können innerhalb des Gebietes des Generalgouvernements für Belgien Pakete mit der Post versandt werden. Der neue Dienst ist in abgehender und ankommender Richtung vorerst auf die Mehrzahl derjenigen belgischen Orte beschränkt, in denen sich Postämter unter Leitung deutscher Beamter befinden. Dies sind gegenwärtig 58 Städte. Zugelassen sind gewöhnliche und eingetragene Pakete bis 5 Kilogramm. Alle Pakete müssen vom Absender freigegeben werden. Gebühr 50 Centimen ohne Unterschied des Gewichtes oder der Entfernung, Einschreibgebühr 25 Centimen. Befastung der Pakete mit Wachspapier ist bis 800 Mark (1000 Franc) gestattet. Den Paketen dürfen keine Briefe oder schriftliche Mitteilungen beigegeben werden. Das Postamt des Bestimmungsortes benachrichtigt den Empfänger vom Eingange der Sendung; dieser hat sie beim Postamt abzuholen, wobei sie geöffnet und der Inhalt geprüft wird. Ertrag für Verladung und Verlust von Paketen wird nicht geleistet. Für eingetragene Pakete haftet die Post wie für Postanweisungsbeträge.

So La Zade errichtet und an alle für Deutschland bestimmten Güter als Konterbande erklärt hätte, so würde der Krieg nach seiner bestimmten Ueberzeugung jetzt vorbei sein. Er wüßte, daß die Londoner Erklärung offiziell für aufgehoben und alle für Deutschland bestimmten Güter für absolute Konterbande erklärt würden, ferner daß alle feindlichen Güter auf neutralen Schiffen beschlagnahmt und auch die Pariser Erklärung aufgehoben würde. Nachdem Lord Lansdowne gesprochen hatte, sagte Lord Loreburn, sein Minister habe die Ueberzeugung ausgesprochen oder könne dies tun, daß wir den Krieg durch den Druck unserer Flotte zu Ende bringen könnten. Es sei eine sehr ernste Sache, Erwartungen zu erwecken, daß durch den uneingeschränkten Gebrauch einer Waffe ein erwünschtes Ziel erreicht werden könnte. Er verstehe nicht, wie Lord Lansdowne sein hohes Ansehen mit der Annahme auf das Spiel setzen könne, daß durch die von ihm vorgeschlagene Methode Deutschland auf die Knie gezwungen werden könnte. England würde sich nur in große Schwierigkeiten mit den Neutralen begeben. England sei bei seinem Weg von Lebensmitteln und Schiffsraum von den Neutralen abhängig. Die Lebensmittelblockade habe in Deutschland wenig ausgerichtet und nur die Sparsamkeit und Opferwilligkeit des deutschen Volkes gestärkt. Ein Druck der Flotte würde das Ende des Krieges nicht näher bringen. Die Regierungen und nicht die Völker Europas wären für den Krieg und für seine Fortdauer verantwortlich. Der einzige Weg, den europäischen Kontinent vor unerträglichem Elend zu bewahren, sei, den Krieg zu beenden.

„Manchester Guardian“ über den Frieden.

Rotterdam, 25. Februar. (W. L. B.) Die der „Rotterdamse Courant“ aus London meldet, lobt der „Manchester Guardian“ den Mut der Männer, welche jetzt die Sache des Friedens in England verteidigen hätten, obwohl er ihre Auffassung nicht teile. Das Blatt bespricht sodann die von Asquith mitgeteilten Friedensbedingungen und sagt, die letzte Bedingung, nämlich eine entscheidende Niederlage sei selbstverständlich. Denn wenn Deutschland nicht entscheidend besiegt sei, bestesie keine Aussicht darauf, die anderen Bedingungen durchzuführen. Das Blatt nennt die Friedensbedingungen ein ehrgeiziges Programm. Sie seien augenblicklich unmöglich, womit gesagt sein solle, daß sie unter den gegebenen Umständen ganz außerhalb des Machbereichs der Alliierten liegen. Das Blatt fährt fort: Wenn wir mit den durch Asquith mitgeteilten Friedensbedingungen nicht übereinstimmen, müssen wir das rund heraus sagen. Stimmen wir ihnen zu, so muß das Gerüde über den Frieden aufhören und der Krieg fortgesetzt werden. Es ist natürlich auch möglich, den Absichten Asquiths zuzustimmen und sie doch als unerreichbar zu verwerfen. Wenn wir vom Frieden sprechen, müssen wir die Bedingungen, die Asquith in seiner Rede zu Beginn des Krieges in Dublin stellte, verwerfen, da sie, wie nunmehr mit Bestimmtheit gesagt werden kann, mit einem jetzt oder später zu schließenden Frieden unvereinbar sind. Wenn wir dagegen diese Bedingungen annehmen, nicht nur als Ideal, sondern als etwas, was wir zu erreichen trachten, dann tun wir besser daran, den Krieg fortzusetzen und den Blutverlust und das Elend weiter zu ertragen. Die Ansichten sind geteilt, weniger über das Kriegsziel, als über die Kriegsaussichten. Wenn man glaubt, daß die militärische Entwicklung an einem toten Punkt angekommen ist, über den man nicht hinwegkommen kann, dann wäre es Pflicht jedes Menschen, der sein Vaterland liebt, zu versuchen, einer Warte, die zu nichts führen kann, ein Ende zu machen. Wir möchten, daß es möglich wäre, sich ein deutlicheres Bild davon zu machen, wie die Regierung sich den Weg zum Sieg vorstellt.

Völkerhaß und Völkerfreundschaft.

Die englische Wochenchrift „Nation“ wendet sich in einem Artikel: „Der Sieg der Zeit“ gegen die Phrasen von „ewiger Feindschaft“, „unauflöslichem Haß“ usw., die allerhand Leute der beiden Kriegsparteien einander an die Köpfe werfen. Sie vertraut auf das junge heranwachsende Geschlecht — die Jugend, die heute in den Schulen ist, und die nach ihr Kommenden —, das eine Welt nach seinem Gefallen aufbauen und sich um die Meinungen der Älteren, das feilsche Gepräge der Kriegszeit tragenden Generation nicht kümmern wird. Welche schnellen Wandlungen zeigt nicht die Geschichte: „Zehn Jahre, nachdem wir gegen Friedrich den Großen gefochten und ihn als Verräter und Dieb bezeichnet hatten, kämpften wir mit ihm im Bund und grüßten in ihm das Vorbild aller Tugenden. Und man schloß doch die populären Zeitungen des napoleonischen Zeitalters nach! Zwischen den größten und heftigsten Nazikaturenzeichnungen wird man persönliche Beschimpfungen des „Angehauers“ und „Tyranen“ finden, wie nur irgend in den wilden heutigen Bekehrungen auf den Deutschen Kaiser — dazu Erklärungen, daß Frankreich von den Nationen geachtet, der Franzose nie mehr wieder als menschliches Wesen angesehen werden solle. Rußland und England warfen Frankreich zu Boden. Vierzig Jahre später wurde der europäische Frieden wieder gestört durch einen Konflikt, worin England im Bund mit Frankreich unter einem anderen Napoleon gegen Rußland kämpfte. . . . Solche Erwägungen sollten den Weisen jögern lassen, ehe er sich Angriffen auf Individuen anschließt oder ewigen Haß zwischen Nationen verkündet. „Niemand wieder! Ewige Feindschaft!“ werden Ausdrücke, die das ältere Geschlecht mit sich ins Grab nimmt. Wenn es nicht beizugehen Tullsamkeit und Vergessen lernt, wird es von den neuen Geschlechtern beiseite gestoßen, die ungeduldig über die Leute werden, die einst eine so große Rolle in den Angelegenheiten der Menschheit gespielt haben, aber später, in einer veränderten Welt, torfelenden Schwachsinnigen gleichen, die im Finstern ihre Nägel kauern. . . . Schreiende Anfündigungen dessen, was morgen geschehen soll, können nur Widerspruch oder Gelächter hervorrufen. All diese Festigkeit und krankhafte Schimpferei wird nach einiger Zeit im Schweigen sterben. Die Engländer werden wieder mit Deutschen und Deutsche wieder mit Engländern gut Freund werden. Der Handel wird sich von selbst wiederherstellen zwischen dem Volk vom Rhein zur Weichsel und jenem, das zwischen dem Ventland Firth und dem Kanal wohnt. Und mit dem Handel wird die Interessengemeinschaft in Wissenschaft, Literatur und Kunst wiederkommen und im Streben, das harte Los der menschlichen Gemeinschaft zu erleichtern.“

Die Wirren in China.

Berlin, 25. Februar. (W. L. B.) Ein bei der hiesigen chinesischen Gesandtschaft eingetroffenes amtliches Telegramm aus Peking vom 21. d. M. meldet: Die Truppen der Provinz Yunnan sind mit ihren aufständischen Kameraden von Suifu fest in der Stadt Kachi eingeschlossen. Verschiedene Ausfallversuche scheiterten. Der Vorstoß der Rebellen der Provinz Kweichow nach Chikiang in der Provinz Szechuan endete mit einem Mißerfolg. Sie wurden in einer Schlacht am 18. d. M. heftig geschlagen und gezwungen, sich 10 Li (5 Kilometer) zurückzuziehen. Am 19. wurden sie nach Ankunft frischer Regierungstruppen aus Chungking erneut geschlagen und zogen sich nach Kweichow zurück.

Dieses Recht wird verstanden und soll in dem Sinne verstanden werden, in dem das Recht, zu leben, nach dem nationalen Gesetz verstanden wird, nach dem es ungleich ist, daß ein menschliches Wesen menschliches Leben nimmt, es sei denn, daß dies notwendig sei zur Selbstverteidigung gegen einen ungesetzlichen Angriff, der das Leben der ungesetzlich angegriffenen Partei bedroht.

2. Jede Nation hat das Recht auf Unabhängigkeit in dem Sinne, daß ein Recht hat, der Glückseligkeit nachzustreben, und frei ist, sich ohne Einmischung oder Kontrolle seitens anderer Staaten zu entwickeln, vorausgesetzt, daß sie sich dabei nicht in die gerechten Rechte anderer Staaten einmischt oder diese Rechte verletzt.

3. Jede Nation ist nach dem Gesetz und vor dem Gesetz die gleiche jedes anderen Staates in der Gesellschaft der Nationen, und alle Staaten haben das Recht, zu verlangen und gemäß der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten „eingunehmen (assume)“ unter den Mächten der Erde die getrennte und gleiche Stellung, zu der sie die Gesetze der Natur und des Gottes der Natur berechtigen.“

4. Jede Nation hat das Recht auf Gebiet innerhalb bestimmter Grenzen und das Recht, über dieses Gebiet und alle darin befindlichen einheimischen oder ausländischen Personen ausschließlich die Gerichtsbarkeit auszuüben.

5. Jede Nation, die nach dem Völkerrecht auf ein Recht Anspruch hat, ist dazu berechtigt, daß dieses Recht von allen anderen Nationen geachtet und befolgt wird, denn Recht und Pflicht beziehen sich aufeinander, und es ist die Pflicht aller, das Recht der einen zu bewahren.

Es ist klar, daß die allgemeine und praktische Anerkennung dieser Grundzüge zu einer erschöpflichen Entwicklung des Völkerrechts führen müßte. Wenn alle Staaten es als ihre Pflicht anerkennen, die Rechte einer bedrohten Nation zu schützen, würden die Gewalttätigkeiten in der „Gesellschaft der Nationen“ bald ebenso wirksam in Schach gehalten werden wie die Verbrecher in der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser Grundgedanke beschäftigt hier in Amerika intensiv alle Menschen, die sich mit internationalen Problemen befassen. Den meisten kommt es jedoch weniger auf die juristische Formulierung an als auf die praktische Durchführung. Die einen verlangen eine internationale Polizei, die den Rufstörer zur Vernunft bringen soll. Andere befürworten den internationalen Boykott gegen rechtsbrecherische Nationen. Wieder andere sehen das Heil im allgemeinen Freihandel.

Unter den letzten ist der bekannte Finanzmann Jacob S. Schiff zu erwähnen. Die Belehrung dieses tonangebenden Amerikaners zum Weltfrieden wird denen nicht rätselhaft erscheinen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten seit dem Anfang des Krieges genau verfolgt haben. Herr Schiff legte sein Referat vor kurzem in einer Rede im Republikanischen Klub zu New York ab. Er sagte darin, daß er mit dem Herzen bei den Republikanern sei (das heißt der Partei des Großkapitals), daß sein gesunder Menschenverstand jedoch zu den Demokraten halte (das heißt zur freihändlerischen Partei). Dann fuhr er fort: „Wir haben die Prosperität und sie wird anhalten. Es, nichts könnte diese große Prosperität zum Stillstand bringen, es sei denn die Schuldsituation. Ich fühle das, und hier auf diesem heiligen republikanischen Boden sage ich, wenn Sie die schutzwillige Agitation im kommenden Wahlsfeldzug erneuern und das Land wiederum mit einem Hochschutzwort bedecken, das Volk davon nichts wissen will. Ich sage dies, nicht weil ich die republikanische Partei weniger liebe, sondern weil ich sie mehr liebe. Wenn Sie glauben, daß wir die Nützlichkeitsbereitschaft nötig haben, werde ich Ihnen sagen, wie wir sie vermeiden können — dadurch, daß wir die Notwendigkeit der Kriege aufheben; die Kriege werden nie aufhören, solange die Zollhäuser bestehen. Dies ist ein wirtschaftlicher Krieg und ein Versuch, neue Märkte zu finden. Der Kampf um diese wird nie aufhören, bis wir den Weltfreihandel haben.“

Die Friedensrede Snowdens.

Rotterdam, 24. Februar. (W. L. B.) „Rotterdamse Courant“ meldet über die gestrige Friedensdebatte im Unterhause: Es nahmen daran auf der einen Seite der Arbeiterpartei Snowden, der Liberale Trevelyan, Duthwaite, Ponsfordy und der Unionist Mason teil. „Times“ schreibt darüber, das Haus hätte sein Selbstvertrauen nicht besser zum Ausdruck bringen können als dadurch, daß es aufmerksam den ganz unannehmbaren Reden Snowdens und Trevelhans zuhörte. Das Haus war keinen Augenblick voll, aber die Mitglieder, welche anwesend waren, legten großes Interesse an den Tag. Sie fielen den Rednern niemals ins Wort, obwohl ihre Auslassungen ihnen voreifig und vielfeilt sogar gefährlich vorlaken. Snowden und Trevelyan zeigten sich dafür erkenntlich, und der Premierminister beglückwünschte das Haus dazu. Das war, schreibt „Times“, vielleicht das Bemerkenswerteste in der Debatte. Nichts könnte die Deutschen so sehr von der festen Entschlossenheit des Landes überzeugen. Snowden ließ in seiner Rede von vornherein die Frage, wer die Schuld an Kriegen habe, beiseite und sagte, daß die Geschichte darüber entscheiden werde. Er berief sich auf die Worte von Bonar Law, der erklärt hat, daß alle Parteien einen ehrenvollen und dauernden Frieden mit beiden Händen annehmen würden, und Asquith, der sich im Dezember bereit erklärte, Friedensvorschläge durch Vermittlung Neutraler oder irgendeiner anderen verantwortlichen Zwischenstelle entgegenzunehmen. Snowden sagte ferner, daß das begangene Unrecht wieder gutgemacht werden und eine Garantie gegen dessen Wiederholung geschaffen werden müsse. Er wandte sich energisch gegen die Absicht, Deutschland zu geschmettern. Ein Frieden, der von neuen Ungerechtigkeiten und unbefriedigenden Ansprüchen begleitet werde, der den Bestand der kleinen Nationen nicht sichert und weitere Kriegsrüstungen nötig machen würde, wäre seiner Meinung nach nicht von Dauer. Er legte deshalb starken Nachdruck auf das, was er eine „scharfsinnige Bestätigung“ der Prophezeiung des russischen Diplomaten Bloch von dem militärischen Schachmatt nannte. Ein entscheidender Schlag sei nicht möglich. Der Krieg eröffnede auch keine Lösung der europäischen Frage. Der Redner fuhr fort: Ihr wollt noch ein Kriegsjahr. Rügt zur ersten Million Verluste eine zweite Million und zur Nationalschuld noch 2000 Millionen Pfund Sterling. Ihr hofft auf einen Sieg durch Erschöpfung. Was soll dann aus den Verwundeten werden? Snowden erinnerte ferner an die Rede eines französischen Abgeordneten auf der Konferenz in Vristol, worin er von Frankreichs 800 000 Toten, 1 400 000 Verwundeten und 300 000 Gefangenen sprach, und sagte, es sei frevelhaft, den Selbstbetrug zu ermutigen. Schätzeln Monate hätten sich die Armeen gegenüber gelegen und nur einige Meter Boden seien gewonnen oder verloren worden. Solche Heere seien unbesiegt und unbesiegbar. Wo könne man da die Hoffnung auf Frieden finden? Die lächerliche Vorstellung von einer Verteilung der deutschen Flotte unter die Alliierten, von einer Zerstückelung Deutschlands, der Veräußerung seiner Handelsflotte usw. sei reiner Unsinn. Eine bedingungslose Unterwerfung wäre die schlechteste Vorbereitung auf den Frieden. Wenn Deutschland zerschmettert wäre, würde auch der Zusammenhang des Bündnisses gegen Deutschland zu Ende sein, und dann wäre ein neuer großer Krieg nur eine Frage der Zeit.

Gegen die verschärfte Blockade.

London, 22. Februar. (W. L. B.) Oberhaus. In der Debatte über den Antrag des Lord Lansdowne sagte Lord Bessborough, wenn England bei Kriegsbeginn eine effektive

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.
Der Bauklemperntarif.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Klempernerversammlung berietete die Branchendelegation, daß sich eine Vertrauensmännerkonferenz mit der Frage der Kündigung des Bauklemperntarifs beschäftigt und beschlossen hat, von einer Kündigung abzuweichen. Der Beschluß wurde damit begründet, daß die gegenwärtigen Verhältnisse im Allgemeinen und die Lage des Bauklempernberufs im besonderen keine Aussicht auf eine Verbesserung des Tarifs bieten, so sehr eine solche auch zu wünschen sei. Eine Tarifbewegung würde erst dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn sich übersehen ließe, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten. Der Kündigungsstermin ist bereits verstrichen, der Tarif gilt also vom 1. April ab als auf ein Jahr verlängert. Der vor einiger Zeit gemachte Versuch, eine allgemeine Teuerungszulage bewilligt zu bekommen, ist nicht gelungen. Eine Reihe von Firmen zahlen aber Stundenlöhne von 85 Pf. bis 1 M., während der Tariflohn 81 Pf. beträgt. — Die Versammlung erklärte sich mit der Verlängerung des Tarifs einverstanden und beauftragte die Branchendelegation, bei der Schlichtungskommission die Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage von mindestens 20 Proz. zu beantragen. Das sei das Mindeste, was bewilligt werden müsse, wenn die Löhne einigermaßen den Teuerungsverhältnissen entsprechen sollen.

Die Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins beschäftigten sich in einer gut besuchten Branchendelegation mit ihrer Lage. Der Mindestlohn ist im Jahre 1911 auf 70 Pf. für Monteur und 55 Pf. für Helfer festgesetzt worden. Veranlaßt durch den Weltkrieg und die dadurch verursachte enorme Teuerung, welche die Ernährung des Volkes immer mehr herabdrückt, hat die Branchendelegation der Elektromonteur Groß-Berlins am 27. Januar 1916 sich mit diesen Lohnsätzen beschäftigt. Die alten Löhne stehen in keinem Verhältnis mehr zu der heutigen teuren Lebenshaltung sowie zu den jetzt erzielten Unternehmerrgewinnen, die ganz erheblich gestiegen sind. Eine Aufbesserung der Löhne aber ist nur vereinzelt erfolgt.

Die Mitglieder sind der Auffassung, daß auch die Löhne diesen veränderten Verhältnissen angepaßt werden müssen. Bei den gegenwärtigen teuren Lebensmittelpreisen kann natürlich niemand für den Mindestlohn arbeiten. In der letzten Versammlung wurde allgemein erklärt, daß als Mindestlohn in Groß-Berlin für Monteur zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit oder nach zweijähriger Praxis 90 Pf. für Hilfsmonteur nach zweijähriger Beschäftigung 75 Pf. Stundenlohn sicher nicht zu hoch sind. Dazu kommen die üblichen Zuschläge (Meisterlöhne, Gehaltenszulage usw.). Für auswärtige Montagen ist ohne Landzulage von 5 M. pro Tag nicht auszukommen. Im ersten und zweiten Jahre der Beschäftigung sind für Monteur 80 bzw. 85 Pf., für Hilfsmonteur 65 resp. 70 Pf. Mindestlohn dringend am Platze. Die Versammlung stimmte diesen Sätzen einstimmig zu. Es ist Aufgabe der Mitglieder, in den einzuuberufenden Werkstattversammlungen dazu Stellung zu nehmen, soweit nicht bestehende Tarife diese Stellungnahme verhindern, und den Branchenleiter der Elektromonteur, Berlin R. 54, Viniensstr. 83/85, rechtzeitig zu benachrichtigen, wann und wo die Sitzungen stattfinden.

Es liegt jetzt an ihnen, ihre Lage zu verbessern, denn die Zeit ist augenblicklich günstig. Jeder muß dafür sorgen, daß diese Grundfänge allgemein zur Durchführung gelangen.

An die Eltern und Lehrlinge der Stark- und Schwachstrombranche soll ein Mahnwort geschickt werden, das demnächst in Druck erscheint. Die Gründe für dieses Mahnwort sind die immer mehr durch diesen Krieg verursachte erhöhte Einstellung von Lehrlingen in Betrieben, die vielfach nicht in der Lage sind, den Jungen die nötige Ausbildung angeben zu lassen.

Die Versammlung beschloß, betreffs Unterstützung des Mahnworts, sich an die Handwerkskammer zu wenden.

Deutsches Reich.

Konferenz im Verbands der Kupferschmiede.

Durch den Tod des bisherigen ersten Vorsitzenden und Sekretärs Saupé machte sich eine Ersatzwahl notwendig. Zentralausschuß und Vorstand, denen nach dem Statut des Verbandes diese Wahl, sofern sie sich während einer Amtsperiode notwendig macht, obliegt, haben den bisherigen zweiten Verbandsvorsitzenden M. Hecht einstimmig zum ersten Vorsitzenden und Redakteur des „Kupferschmied“ gewählt. Die Stellung als zweiter Vorsitzender und Agitationsleiter wurde unter den Verbandsmitgliedern ausgeschrieben. Unter den vier Bewerber wurde der bisherige Vorsitzende des Zentralausschusses Paul Rabe Dresden gewählt; er wird zum 1. März 1916 die Stellung antreten.

Eine Konferenz der Bezirksleiter, des Zentralausschusses und Verbandsvorstandes bestrafte diese Wahlen. Diese Konferenz beschäftigte sich ferner mit der Frage: Wie ist der vor und nach dem Friedensschluß zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu begegnen?

Wie der Verbandsvorsitzende Hecht hierzu ausführte, ließe sich nicht voraussehen, wie sich die Arbeitsverhältnisse kurz vor Friedensschluß und bei Beendigung des Krieges gestalten werden; mit großer Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß die dann sicher eintretende Stagnation in der Industrie auch dem Kupferschmiedgewerbe eine größere Arbeitslosigkeit bringen wird. Da ferner zu erwarten sei,

daß infolge der enormen Verteuerung der Lebenshaltung, die mit Beendigung des Krieges nicht sofort schwinden werde, nach Friedensschluß wieder lebhaft wirtschaftliche Kämpfe einsetzen werden, so gelte es zeitigen Vorkehrungen zu treffen. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Zentralausschuß und Zentralvorstand aufzufordern, falls die Arbeitslosigkeit einen größeren Umfang annimmt, von den statutarischen Rechten Gebrauch zu machen und rechtzeitig eine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorzunehmen; sollte sich auch das nicht als ausreichend erweisen, so müßte eine mäßige Kürzung der Krankenunterstützung erfolgen. Die Arbeitslosenunterstützung soll unter allen Umständen in der statutarischen Höhe aufrechterhalten bleiben. Es wurden ferner einige Anträge angenommen, die eine bessere Regelung des Arbeitsnachweises bezwecken; der Zentralvorstand soll als Hauptvermittlungsstelle zwischen den Bezirken wirken. — Die vom Verband auf Grund von Extrabeiträgen seit Kriegsausbruch gezahlte Familienunterstützung wurde vom 1. März 1916 ab auf 5 M. für die Frau, auf 1 M. für jedes Kind pro Monat herabgesetzt, jedoch soll für die später Eingezogenen in den ersten 6 Monaten der höhere Satz von 9 M. bzw. 2 M. bestehen bleiben. — Weiter beschloß die Konferenz, in vierteljährlichen Intervallen während der Kriegsdauer Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit und die Höhe der Löhne vorzunehmen. Das so gewonnene Material soll nach Friedensschluß bearbeitet und veröffentlicht werden. — Den Verbandsangestellten wurde eine Teuerungszulage ab 1. Oktober 1915 bewilligt. — Die gewerkschaftliche Frauenzeitung soll allen Filialen ein Vierteljahr lang in einem Exemplar auf Kosten des Verbandes zugestellt werden, um für ihre Verbreitung unter den Mitgliedern zu wirken.

Da es neuerdings des öfteren vorkommt, daß Mitglieder zur Arbeit abkommandiert oder auf bestimmte Zeit beurlaubt werden, ohne daß diese Mitglieder sich zurückmelden, wird beschlossen, daß sämtliche Mitglieder bei ihrer Rückkehr aus dem Heeresdienst den Militärpaß vorzulegen haben, und soweit sich ergibt, daß sie zur Arbeit kommandiert oder beurlaubt waren, haben sie für diese Zeit die fälligen Beiträge nachzuzahlen.

Zu den Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Eine Versammlung der Zimmerer in Spandau beschäftigte sich recht eingehend mit den Verhandlungen über die Vertragsverlängerung. In sehr ausgedehnter Diskussion wurde besonders auf die teuren örtlichen Verhältnisse verwiesen, demzufolge mindestens eine Lohnzulage von 25 Proz. erfolgen müsse. Scharf kritisiert wurde auch die Erklärung der Arbeitgeber: „Wir sind für die Teuerung nicht verantwortlich.“ Das erweckt fast den Anschein, als ob die Arbeiter für die Teuerung verantwortlich gemacht werden sollen. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Verhalten der Arbeitgeber bei den zentralen Verhandlungen einverstanden, sie wünscht ferner, daß bei künftigen Verhandlungen der neue Vertrag mindestens eine Lohnerhöhung von 25 Proz. enthalten müsse. Eine Ablehnung der Forderung würde die Aufhebung des Burgfriedens bedingen.

In Emden beschloß eine Versammlung der Bauarbeiter, für die Tarifverlängerung eine Lohnerhöhung für Maurer von 18 Pf., für Hilfsarbeiter solche von 20 Pf. die Stunde zu fordern. Bei dieser Forderung muß berücksichtigt werden, daß jetzt die tarifliche Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden ohne Lohnausgleich verkürzt wird. Die Unternehmer waren 1913 beim Tarifabschluß nicht zu bewegen, für die Arbeitszeitverkürzung einen Lohnausgleich während dieser Vertragsperiode zu gewähren, sie stellten diese vielmehr bei der Tarifverlängerung für 1916 in Aussicht. Bedauert wurde, daß trotz der verhältnismäßig niedrigen Löhne im Hochbaugewerbe die Unternehmer nicht für eine Teuerungszulage zu haben seien, während die Tiefbau-Unternehmer, die schon höhere Löhne als im Hochbau zählten, Teuerungszulagen von 4—6 Pf. die Stunde bewilligt haben. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß eine Tarifverlängerung nur mit der erwähnten Lohnerhöhung in Betracht kommen könnte; sonst sollte von jeder Tarifverlängerung Abstand genommen werden.

Aus der Partei.

Die „Gewöhnlichen“ an die „Vornehmen“.

Enkeltlich der Stellungnahme der Kieler Parteiorganisation hatten wir einen Bericht veröffentlicht, der erhebliche Vorwürfe gegen Genossen Ledebour enthielt. Ledebour als Angegriffener schied und darauf eine Richtigstellung, zu deren Abdruck — wenn auch nicht ungekürzt, wie behauptet wird — wir uns verpflichtet fühlen. Der Darstellung Ledebours folgte eine Erklärung des Vorsitzenden der Kieler Organisation, deren Abdruck uns neue Entgegnungen von der anderen Seite gebracht hätte. Wir entschlossen uns daher die darin enthaltenen wichtigsten Momente in gekürzter Form, wie es auch die übrige Parteipresse getan hat, zu veröffentlichen. Darob große Enttäuschung bei der „Sozialdemokratischen Volkszeitung“, die uns in einer längeren Notiz unter der Überschrift: „Der ‚vornehme‘ ‚Vorwärts‘“ einige Liebenswürdigkeiten, darunter auch Unanständigkeit vorwarf. Na wir haben so manchen Vorwurf in dieser langen Kriegszeit auf uns genommen, so daß wir glaubten, diese Würde auch noch tragen zu können.

Erkaunt waren wir aber doch, als am nächsten Tage die Kieler Redaktion in ihrem Blatte mitteilte, daß ein Genosse ihr eine längere Veridatung gefandt habe, die jedoch nach Ansicht der Redaktion keinerlei tatsächliche Feststellungen

enthielt und infolgedessen nicht abgedruckt werden konnte. Aber mit dieser Mitteilung der Ablehnung der Notiz beugnete sich die Redaktion nicht, sondern sie griff einzelne Behauptungen dieser nicht abdruckenden Erklärung heraus und polemisierte dann in dreibeitigen Spalten dagegen.

Wir hielten also fest, daß es nach Ansicht der Kieler Redaktion nicht vornehm ist, wenn man aus einer zugehenden Erklärung nur den wesentlichsten Teil abbrudt.

Vornehm dagegen nach Kieler Begriffen ist es, eine Erklärung gar nicht abdruckend und damit Anhänger der Minorität mundtot zu machen, aber trotzdem dann dagegen zu polemisieren.

Wir müßten allerdings gestehen, daß uns diese Art von Vornehmheit fremd ist.

Der Ausschweifung des „Labor Leader“.

In seiner Nummer vom 17. d. M. teilt der „Labor Leader“ mit, daß keine Wochenauflage seit dem Beginn des Krieges um 27 000 gestiegen ist. Das deutet jedenfalls nicht auf eine zunehmende Kriegsbegeisterung der englischen Arbeiter hin.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Spirituspreise um 50 Prozent.

Die Spirituszentrale hat den Tagespreis für Prima-Sprit frei Berlin zur prompten Lieferung auf 150 M. (Verbrauchsabgabe mit 125 M. zu Lasten des Käufers) festgesetzt. Der Preis betrug bisher 100 M. Es ergibt sich nunmehr die folgende Entwidlung der Spirituspreise:

15. August 1911	88,50 M.	10. Februar 1915	79,— M.
18. Januar 1912	61,50 „	27. Februar 1915	80,— „
20. Februar 1913	62,50 „	5. Juli 1915	100,— „
16. Oktober 1914	89,— „	23. Februar 1916	150,— „
16. Januar 1915	74,— „		

Die heutige Erhöhung um 50 M. ist die größte, die jemals in einem Zuge von der Zentrale vorgenommen wurde und wird natürlich zur Folge haben, daß auch der Spirituspreis für die Konumenten eine erhebliche Herabsetzung erfahren wird.

Der Grund zu der starken neuen Steigerung ist nach Angabe der Spirituszentrale in der Weinberzeugung der östlichen Provinzen zu suchen. Um die Herstellung von Spiritus anzuregen, hatte schon kürzlich die Zentrale die Abblauspreise, d. h. die vorläufige Vergütung für die Brenner von 62 M. auf 65 M. festgesetzt. Auch soll beim Reichsanwalter die Genehmigung dafür eingeholt werden, daß für alle vom 14. Februar bis 15. September 1916 steuermäßig abgefertigten und der Zentrale überlassenen Mengen ein Sonderzuschlag von 18 M. pro Hektoliter gewährt wird.

Die neue Preiserhöhung trifft nur den Spiritus für Trinkzwecke.

Kriegsgewinne.

Die Aktienspinnerei Aachen zahlt 12 Proz. Dividende. Die Aktionäre waren im Vorjahre leer ausgegangen; im Jahre 1913 hatten sie 7 Proz. erhalten. Der Rohgewinn der Firma stieg von 126 220 M. (im Jahre 1913 208 000 M.) auf 685 650 M. Der Reingewinn erhöhte sich von 282 auf 372 646 M.

Die Luzerner Industriewerke A. G. in Ludwigshafen (Gas- und Wasserwerke) verdreifachen ihre Dividende von 10 auf 30 Proz. Die bisher höchste Dividende der mit einem Aktienkapital von 800 000 M. arbeitenden Firma betrug 18 Proz.

Die Spiritbank A. G. in Berlin erhöht ihre Dividende von 28 auf 24 Proz.

Soziales.

Der überlistete Teilhaber.

So manches vor dem Ruin stehende Geschäft wird dem eine Beteiligung suchenden „Geldmann“ als eine „Goldgrube“, ein Unternehmen von „blühender Rentabilität“ hingestellt. Aber nicht alle „Geldleute“ sind so naiv, auf die Tricks der Kapitalistensucher hineinzufallen. Das zeigte sich in einem vor dem Berliner Kaufmannsgericht verhandelten Falle, der eines heiteren Beigeschmacks nicht entbehrt.

Ein Kaufmann, Inhaber eines Konfektionsgeschäfts, suchte einen Sozjus, bei dem weniger auf Sachkenntnis als auf Kapital gesehen werden sollte. Da dem sich meldenden Kaufmann E. das Geschäft als „glänzend bestehend“ vom Verkäufer geschildert wurde, unparteiische ihn aber vor einer Verbindung mit D. warnten, da die „Blei“ jeden Tag eintreten könne, schloß er mit D. einen Vertrag, in dem sich der klassische Falsch befindet: „D. ist berechtigt, monatlich M. 500,— aus der Kasse zu entnehmen.“ Gleich am ersten Tage der Sozjetät wollte D. von E. Geld haben, indem er sich auf den Vertrag berief. Die Geschäftskasse war aber leer. „Genüß“, sagte der neue Sozjus, „können Sie M. 500,— entnehmen, es muß aber erst was drin sein. Ich werde jedenfalls nicht hinein.“ Der so überlistete Kaufmann löste schließlich die Sozjetät wieder auf. Auch das Kaufmannsgericht konnte ihm nicht helfen. Es mußte ihn abweisen, weil kein Anstellungsvertrag zustande gekommen war.



Zinc Anzugreinigung

Preiswerte Angebote

Moderno blaue Anzüge
Moderno schwarze Anzüge
Moderno Prüfungs-Anzüge

Oberhemden, Kragen, Stulpen, Vorhemden, Hüte, Krawatten, Handschuhe, Hosenträger, Unterwäsche usw. usw.

Jeder Käufer eines Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brücken-Straße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10
Sonntag 12-2 geöffnet.

Beachten Sie meine sieben Schaufenster.

Oskar Wollburg,

56: 57 Brunnenstr. 56 u. 57.

Zur Jugendweih

zu allerbilligsten Preisen in nur schloker Ausführung

schwarze, weiße, farbige Kleider

aus Popeline	Kaschmir	Volle	Samt
19,75	26,50	32,—	44,—

Beim Einkauf ein Spitzentuch gratis!

Backfisch-Kostüme

aus blau Gabardine u. melierten Stoffen

19,50	24,75	32,—	37,—
-------	-------	------	------

Frühjahrs-Modelle:

in Kostümen, Paletots, Röcken, Blusen, Kinder- und Backfisch-Konfektion etc.

schon große Auswahl in entzückenden Neuheiten.

Aparos Einsegungsgeld M. 29,75

Fisches Einsegungsgeld M. 24,50

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Uster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M.**, größtenteils aus Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarde, enorm billig, Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, jetzt nur 20-35 M.** Große Posten **Feistolas** in **Skunks, Marder, Nerz, Fächsen**, jetzt nur 20-75 M. Große Auswahl in **Herren-Gehpelzen, Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagenpelzen.** Extra-Angebot in **Lombard gewasener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen.

Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Das Abgeordnetenhaus über den Geburtenrückgang.

10. Sitzung. Freitag, den 25. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Löbell.

Zunächst gelangt ein Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission zur Verhandlung, die beantragt, daß der Abg. König (Z.), dadurch, daß er statt des Titels „Geheimer Oberposttrat“ jetzt den Titel „Wirkl. Geheimer Oberposttrat“ erhalten habe, sein Mandat nicht verloren habe. Das Haus stimmt diesem Antrag debattelos zu.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beim

„Medizinalwesen“

fortgesetzt.

Abg. Schenk zu Schweinsberg (L.):

Wie stimmen dem Kommissionsantrage betreffend das Verbot von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis usw. zu, würden es aber für richtiger halten, wenn diese Materie durch die Landesgesetzgebung geregelt würde. Ebenso ziehen wir in der Wohnungsgesetzgebung die landesgesetzliche Regelung der reichsgesetzlichen vor. Wollen wir nicht zu französischen Zuständen kommen, so müssen wir den Fragen des Geburtenrückganges und der Sittlichkeit höchste Aufmerksamkeit zuwenden. Sind doch in einem Jahre 500 000 Fälle von Abtreibung zur Kenntnis gelangt. Allerdings bin ich nicht der Meinung des Abg. Mugdan, daß mit Geld die Sünden unseres Vaterlandes zu heilen sind. Will das Volk gefunden, so muß es sich daran gewöhnen, sechs Tage unangekündigt zu arbeiten, und der siebente darf allein dem Verkehr mit Gott gewidmet sein. Solange unser Volk bei seinem Gott bleibt, wird auch Gott unser Volk nicht verlassen. (Bravo! rechts.)

Minister v. Löbell:

Dem Lob des Abg. Mugdan an die ärztliche Wissenschaft und die Militär-Medizinalverwaltung kann ich mich nur anschließen. Seine Angabe, daß 90 Prozent unserer Verwundeten wieder völlig geheilt werden, trifft zu, der Prozentfuß ist vielleicht noch größer. — Die Frage des Geburtenrückganges ist in der Tat die Frage des Tages und vor allem die Frage der Zukunft. Sie ist vom Vordränger mit tiefem sittlichem Ernst und warmer Hebezeugung behandelt worden. Von einem Sinken unserer Volkskraft, einer Schwächung unserer Schlagfertigkeit im allgemeinen kann allerdings keine Rede sein. Unsere Sterblichkeitsziffer ist sehr günstig und ebenso der Ueberschuß der Zahl der Geburten über die der Sterbefälle. Also in diesem Kriege wird und der Geburtenrückgang nicht schaden und bis zum nächsten Kriege, den Gott uns hoffentlich noch lange fernhalten wird, wird es uns hoffentlich, wenn alle beteiligten Faktoren mit der Regierung zusammenarbeiten, gelingen, der Gefahr des Geburtenrückganges Herr zu werden. Die vorliegenden Entwürfe zu dieser Materie werden eingehende Berücksichtigung finden. Die Regelung des Haltekinderverwehens ist Sache der Landesgesetzgebung, ebenso die Regelung des Wohnungswesens. Wir haben der reichsgesetzlichen Regelung widerprochen und beabsichtigen, nach dem Kriege einen neuen Wohnungsgesetzesentwurf vorzulegen. Aber Regierung, Gesetzgebung und Polizei können in der Frage des Geburtenrückganges nicht allein helfen. Es handelt sich nicht um eine Entartung unseres Volkes. Es ist tief bedauerlich, daß gerade die Schichten, die uns vorangehen sollten auf dem Wege zum sittlichen Aufstieg, vollkommen verlagert und ein böses Beispiel gegeben haben. (Sehr richtig!) Die Frage ist nur zu lösen, wenn alle sittlichen Faktoren im öffentlichen Leben hier mithelfen. Deshalb muß der Appell ergehen an unser ganzes Volk, das Volk muß aufgesteuert, auf den richtigen Weg zurückgeführt werden. An diesem heiligen Werke müssen mitwirken Kirche und Schule, Elternhaus, Arbeitgeber, alle Genossenschaften, alle Verufe, die Frauen, alle sozialen Vereine, alle Faktoren des öffentlichen Lebens, denen die Liebe zum Vaterlande tief im Herzen ruht. Erst wenn wir dieser Hilfe sicher sind, können wir den Kampf auf breiter Grundlage aufnehmen und dann bin ich überzeugt, werden wir auch in diesem Kriege siegen. (Bravo!)

Geheimrat Krohne:

Seit Beginn dieses Jahrhunderts erleben wir bei uns geradezu einen Geburtenabsturz. Die Geburtenziffer ist von 35 auf 27 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner gesunken. (Hört! hört!) Besonders bedauerlich ist, daß seit 1900 die Zahl der Geburten um 75 Proz. rascher gesunken ist als die Sterblichkeitsziffer. (Hört, hört!) Einen Rückgang der Geburtenziffer, zu dem Frankreich 70 Jahre gebraucht hat, haben wir in 12 Jahren erreicht. (Hört, hört!) Wir haben heute schon 600 000 Geburten weniger, als wir haben müßten, wenn wir die Geburtenziffer von 1900 behalten hätten. Was sind nun die Ursachen dieses Rückganges der Geburtenziffer? Eine Massenverschlechterung kommt nicht in Betracht, denn diese äußert sich stets in einer Zunahme der Sterblichkeit. Die Zahl der Eheschließungen hat zugenommen, die Geschlechtskrankheiten, auf die man häufig hinweist, haben infolge der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung gerade seit 1900, also mit der Zeit des Geburtenabsturses abgenommen. Wirtschaftliche Ursachen sprechen natürlich mit, vor allem die Wohnungsverhältnisse. Gibt es doch leider Hausbesitzer, die Familien mit Kindern überhaupt nicht aufnehmen. Ich erinnere auch an den traurigen Fall des Arbeiters, der sich das Leben nahm, weil er mit seinen sieben Kindern von keinem Hauswirt Wohnung bekam. (Hört! hört!) Aber im übrigen sind doch die Einkommen und Löhne so gestiegen, daß wir nicht sagen könnten, das deutsche Volk könne heute nicht ebenso viel Kinder aufziehen wie vor 20 Jahren. Der Hauptgrund liegt wohl in der Umwertung der Begriffe, die in den Kindern nur eine unbedeutsame Last sieht. Es gibt heute Frauen, die am liebsten wenig oder gar keine Kinder haben. Diese Frauen ziehen das höchste, was es für ein Weib gibt, in den Staub. (Sehr richtig!) Sie verkennen die höchste sittliche Bestimmung: die Fortpflanzung des Geschlechts. Eine andere Ursache liegt in dem Vertriebe der antikonzeptionellen Mittel, der geradezu zu einem öffentlichen Skandal geworden ist. (Hört! hört!) Auch die Vernichtung des feimenden Lebens hat erschreckenden Umfang angenommen. Ueber die Maßnahmen, die dagegen zu ergreifen sind, finden eingehende Beratungen innerhalb der Regierung statt. Die große Bedeutung eines vermehrten Säuglings- und Mutterschutzes in dieser Verbindung erkennt die Regierung durchaus an.

Noch müssen in Deutschland täglich 18 Frauen die Mutterschaft mit dem Tode bezahlen.

(Hört! hört!) Das Hebammenwesen bedarf zweifellos der Reform in der Richtung einer Hebung der sozialen Stellung der Hebammen. Unsere ganze Entwicklung beruht auf fortwährender Vermehrung unseres Volkes. Darum bietet die Zeit energisch, daß alle Klassen aufwachen. Nur dann wird das deutsche Volk die glänzende Zukunft erleben, die wir alle als Preis der unerhörten Opfer dieses Krieges erhoffen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Raßbender (Z.):

Zur Bekämpfung des Geburtenrückganges sollte die Regierung bei Besetzung von Beamtenstellen linderreiche Beamte bevorzugen. Der übermäßige Alkoholgenuß, der übermäßige Fleischgenuß steht auch in Zusammenhang mit dem Geburtenrückgang. Vor allem aber ist dies Problem ein ethisch-religiöses. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Lohmann (nail.):

Die Anregung des Abg. Mugdan, dem Krankenpflegepersonal das Koalitionsrecht zu gewähren, werden wir wohlwollend prüfen. — Die Tatsache, daß die Geburtenziffer gerade seit 1900 stark gesunken ist, beweist, daß wirtschaftliche Ursachen nicht der Hauptgrund sein können, denn gerade die Jahre seit 1900 waren Jahre eines starken wirtschaftlichen Aufschwungs.

Der Hauptgrund für den Geburtenrückgang liegt in der gewollten Beschränkung der Kinderzahl bei vielen Elternpaaren in guten Vermögensverhältnissen, die nicht mehr Kinder haben wollen, weil sie das Leben nach jeder Richtung genießen wollen. Für die evangelischen Kreise ist eine bedenkliche Erscheinung, daß der Geburtenrückgang in den evangelischen Landesteilen viel stärker ist als in den katholischen. Geht das so weiter, so werden sich in etwa 20 Jahren in Deutschland der evangelische und der katholische Volksteil die Waage halten. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Der Berechtigten wegen sei übrigens festgestellt, daß in Berlin der Rückgang der Geburtenziffer nur sehr gering ist.

Ministerialdirektor Kirchner:

Die Tätigkeit unserer Verze im Kriege ist über jedes Lob erhaben. Zur Bekämpfung der Volksfeinden sind überall umfassende Maßnahmen getroffen. Der Erfolg ist, daß in diesem Kriege insgesamt in unserer Armee nur 300 Cholerafälle vorgekommen sind, in ganz Preußen im Jahre 1915 trotz der Einschleppungsgefahren nur 26 Cholerafälle. Diese großen Erfolge sind den Säugimpfungen zu verdanken. Das hat sich auch bei der Typhusbekämpfung gezeigt. Gegenüber den Geschlechtskrankheiten herrscht bei uns leider noch vielfach eine geradezu unverständliche Gleichgültigkeit, die dann infolge Unvorsichtigkeit zu einer Weiterverbreitung dieser Seuchen führt. Der Hauptquell der Geschlechtskrankheiten bleibt die Prostitution. Hier muß der Kampf einengen, indem man die Prostituierten gesund zu erhalten sucht, ohne ihnen die Erwerbsmöglichkeit ganz zu nehmen. Eine Anzeigepflicht der Geschlechtskrankheiten lehnen wir ab, sie würde nur zu einer Verheimlichung und dadurch weiteren Verbreitung der Krankheiten führen. Gewaltige Aufgaben stehen der Medizinalverwaltung für die Zeit nach dem Kriege bevor. Sie dürfen der Zuversicht sein, daß wir im Interesse der Förderung unserer Volksgesundheit an ihre Lösung herangehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Auf die Angriffe des Abg. Schenk gegen meine Partei gehe ich nicht ein. Die Sache, die ich zu behandeln habe, steht mir zu hoch, um sie mit parteipolitischen Fragen zu verquicken. Bei der Förderung aller Maßnahmen zur Regelung der Volksgesundheit handelt es sich um eine Angelegenheit, an der alle Kreise des Volkes in gleicher Weise interessiert sind und an deren Lösung mitzuwirken, vaterländische Pflicht ist. Meine Freunde haben jede Gelegenheit wahrgenommen, um im Reichstage, in den Gemeinden und auch hier von jeder die Notwendigkeit durchschlagender Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit zu betonen. Sie stimmen mit dem Minister darin überein, daß diese Fragen jetzt von besonderer Bedeutung sind, wo Tausende und Abertausende kräftiger Menschen in der Blüte der Jahre dahingerafft werden. Wenn wir Erfolge auf diesem Gebiete erringen wollen, muß der Kampf planmäßig geführt werden. Wollen wir den Geburtenrückgang bekämpfen, so müssen wir seine Ursachen erfordern. Genuß spielen dabei auch sittliche Momente eine Rolle, aber

die Wurzel des Übels

liegt doch in unseren wirtschaftlichen Einrichtungen. Wenn Herr Lohmann meinte, das könne nicht zutreffen, weil die wirtschaftliche Lage des Volkes seit Jahren sich gebessert und trotzdem die Zahl der Geburten abgenommen habe, so halte ich das für einen Trugschluß. Man darf hier nicht bloß die Zahlen der Statistik reden lassen, sondern muß sich etwas näher mit ihnen beschäftigen. Zweifellos ist das Einkommen der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten gestiegen, aber andererseits ist auch die Lebenshaltung teurer geworden. Man will ich nicht sagen, daß die Kosten der Lebenshaltung — abgesehen natürlich von den abnormen Zeiten, in denen wir gegenwärtig leben — höher gestiegen seien als das Einkommen, aber sie sind zweifellos ganz erheblich gestiegen und insbesondere für die minder bemittelten Schichten kommt dabei die Erziehung in Betracht, daß sie sich sagen, wir sind wohl in der Lage, noch etwa zwei Kinder ansständig zu ernähren, aber nicht sechs und sieben. Sie greifen also zur Geburtenbeschränkung, um ihre Kinder davor zu bewahren, ins Proletariat herabzusinken, um ihnen den bitteren Kampf ums Dasein zu erleichtern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier also spielen zweifellos wirtschaftliche Gründe mit. Dagegen ist allerdings bei den Frauen der besitzenden Kreise oft Unkenntlichkeit der Kinderzahl. Dagegen ist auch mit gesetzlichen Maßnahmen oder durch Aufklärung nicht viel zu erreichen, diese Frauen sind aufgeklärt — vielleicht zu aufgeklärt. Bei den Arbeiterfrauen aber kommt noch in Betracht die erhebliche Zunahme der

Frauenarbeit.

Die Frauen sagen sich, wenn sie schwanger werden, verlieren sie die Arbeit. Sorge man dafür, daß der Verdienst der Männer sich hebe, so daß die Frauen nicht gezwungen sind, zu arbeiten, dann wird man die Frauen ihrem ureigensten Verufe zurückgeben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dem Antrage der Kommission zur Frage des Geburtenrückganges können wir nicht zustimmen. Wir erkennen die gute Absicht der Antragsteller an, aber durch solche Polizeimaßnahmen wird das Ziel nicht erreicht und außerdem besteht die große Gefahr, daß dann auch Mittel verboten werden, die notwendig sind im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Die Frauenarbeit wird nach dem Kriege zweifellos noch zunehmen; ebenso wird die Lebensmittelpreissteigerung dann nicht ihr Ende finden. Dazu kommt dann noch der Wohnungsmangel. Die Fachleute stimmen darin überein, daß nach dem Kriege namentlich in den großen Städten ein Mangel an kleinen Wohnungen vorhanden sein wird. Wir fordern deshalb, daß

mehr Sozialpolitik

getrieben wird und zwar schon während des Krieges. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu gehört auch die Gewährung des Koalitionsrechts an das Krankenpflegepersonal. Dem Antrage auf Unterstützung des Bezirkshobammens-

weien schließen wir uns gleichfalls an. Sie hierfür im Etat aus-geworfene Summe ist jetzt bereits überschritten. Daraus wird die Regierung selbst ersehen, daß diese Summe erhöht werden muß. Das Haltekinderverwehen muß streng überwacht werden. Das sollte aber nicht durch Polizeiorgane geschehen, sondern den Gemeinden überlassen bleiben. Vor allem eignen sich hierfür Frauen, die selbst Kinder haben. Was die Wohnungsfrage anlangt, so haben wir von jeher reichsgesetzliche Regelung verlangt. In dieser Auffassung sind wir bestärkt worden durch das Schicksal des letzten Wohnungsgesetzesentwurfes in Preußen. Da nach den Erklärungen der Regierung an ein Reichsgesetz auf diesem Gebiete nicht zu denken ist, erwarten wir zum mindesten, daß bei dem neuen preussischen Entwurf die Wohnungsinspektion besser geregelt wird als in dem früheren Entwurf. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dem Antrage in bezug auf die Säuglingsfürsorge stimmen wir zu. Die Kostenfrage kann hier nicht ins Gewicht fallen. Viele Gemeinden haben Säuglingsfürsorgeeinrichtungen eingerichtet; leistungsschwachen Gemeinden sollte der Staat zu diesem Zwecke unterstützen und bei armen Gemeinden die ganzen Kosten dafür übernehmen. Auch gegen das Verlangen, daß die jetzigen Leistungen der Reichswochenhilfe Regelleistungen der Krankenkassen werden, wird niemand Einwendungen erheben können. Die auf dem Gebiete auch vielfach von den Gemeinden getroffenen Maßnahmen, schwangere Frauen durch Beihilfen zum Stillen zu veranlassen, haben sich sehr gut bewährt. Sehr wichtig ist die Frage, welche Einwirkungen der Krieg auf

die Säuglingssterblichkeit

haben wird. Zu eingehenden Untersuchungen war die Zeit noch zu kurz. Soweit Feststellungen erfolgt sind, hat aber in Preußen die Säuglingssterblichkeit nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande im Anfang des Krieges erheblich zugenommen. Freilich stammt die betreffende Statistik aus den Sommermonaten, und auch die ganze Unruhe der Zeit bei Kriegsbeginn mag dabei eine Rolle gespielt haben. Jedenfalls sollte die Regierung dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit widmen und umgehend die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Schutz der Schwangeren und Schutz der Wöchnerinnen muß hier Hand in Hand gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine große Gefahr liegt darin, daß viele Gemeinden nach dem Kriege infolge der großen Leistungen, die ihnen der Krieg auferlegt hat, finanziell zu schwach sein werden, um ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete in dem bisherigen Maße fortzusetzen. Hier muß der Staat eingreifen. Neben der Fürsorge für die Säuglinge und für die Kinder im schulpflichtigen Alter muß auch für die Kinder im vor- und nachschulischen Alter gesorgt werden. Die Einführung der Schulpflicht hat sich gut bewährt, nur sollte ihnen neben dem Recht der Heberwachung auch das Recht der Behandlung der Kinder eingeräumt werden. In der ersten Zeit des Krieges hat man vielfach auf die Kinder eingewirkt, daß sie nicht so viel Brot in die Schule mitnehmen, man hat ihnen das zweite Frühstück entzogen aus vermeintlichen patriotischen Interessen. Circulärweise sind einsichtige Lehrer gegen diesen Uebelreifer eingetreten.

Der Kampf gegen die Tuberkulose muß nach dem Kriege noch energischer aufgenommen werden. Ebenso der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, denn die Zahl derjenigen, die geschlechtskrank aus dem Felde zurückkehren, bedeutet eine große Gefahr für die weitere Ausbreitung dieser Krankheiten. Der Regierungsvertreter hat erklärt, daß er der Einrichtung von Beratungsstellen durch die Landesversicherungsanstalten sympathisch gegenübersteht. Vereinzelt haben heute schon Gemeinden solche Beratungsstellen für Geschlechtskranke eingerichtet. Die Schwierigkeit besteht nur darin, die Geschlechtskranke auch wirklich dorthin zu bekommen. Hier ist ein Hand-in-Hand-arbeiten aller beteiligten Organe im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten notwendig.

Zu Kampf gegen den Alkoholismus wird vor allem mit Arbeitszeiterleichterung, durch Befestigung der Wohnungsverhältnisse und ähnliches Erfolg zu erzielen sein. Weiter ist aber auch erforderlich, daß die höheren Schichten den unteren mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Arbeiterklasse hat, soweit organisierte Arbeiter in Frage kommen, der Alkoholgenuß infolge der erzieherischen Arbeit der Organisationen bereits ganz erheblich abgenommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gegenüber einer Äußerung des Abg. Schenk will ich zum Schluß bemerken: Wir erkennen selbstverständlich die großen Opfer, die unsere Krieger gebracht haben, ebenfalls dankbar an, sowie auch die Opfer, die all die Männer und Frauen gebracht haben, die während des Krieges in der Fürsorgeleistung mitgewirkt haben. Aber wie wollen es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern wir wollen den Worten Taten folgen lassen. Genau so wie die Arbeiterorganisationen während des Krieges tätig gewesen sind, um die wirtschaftliche Lage des Volkes zu heben, genau so werden wir auch nach dem Kriege mitarbeiten an der Beseitigung der wirtschaftlichen Schäden des Krieges und an der Gesundung des Volkes und werden so zu unserem Teile mit dazu beitragen, daß die kommenden Generationen hoffentlich ungehindert von äußeren Gefahren in friedlicher Kulturarbeit tätig sein können zum Segen des eigenen Volkes, zum Segen der Menschheit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wagner-Breslau (ff.):

empfiehlt die Schaffung einer Reichsmutterchaftsversicherung an Stelle der jetzigen Reichswochenhilfe. Die Beschränkung der Kinderzahl sei gerade in den begüterten Kreisen sehr verbreitet. Schuld sei die Nachlässigkeit gegenüber dem Vertriebe gewisser Mittel und die Lage Auffassung der Ehe durch viele Frauen.

Damit schließt die Debatte.

In der Abstimmung wird der Antrag der Kommission in bezug auf den Vertriebe antikonzeptioneller Mittel angenommen, ebenso der Antrag der Kommission auf Unterstützung des Bezirkshobammenswesens. Die fortschrittlichen Anträge auf reichsgesetzliche Regelung des Haltekinderverwehens, staatliche Unterstützung der gemeindlichen Säuglingsfürsorgeeinrichtungen und Hineinverlagerung der Reichswochenhilfe in die Reichsversicherungsordnung werden der Haushaltskommission überwiesen. Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern erledigt, es folgt der Etat der

Handels- und Gewerbeverwaltung.

Der Berichterstatter Abg. Defer (W.):

befriedigt eingehend die Errichtung und Organisation der Kriegshilfskassen, deren Kapital von den Provinzen und vom Staat aufgebracht wird und die durch Gewährung von Darlehen den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Erzeugnisse des Mittelstandes, der freien Verufe und von Angestellten ermöglichen sollen. Weiter weist er hin auf die Bewegung, die die deutsche Mode vom Auslande unabhängig machen will, welchem Zweck bereits eine Studienanstalt in Frankfurt a. M. diene.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Die neuen Steuervorlagen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Entwurf eines Kriegsgewinnsteuergesetzes und gibt zugleich eine allgemeine Erläuterung der zu erwartenden Kriegsteuervorlagen. Wir behalten uns eine ausführliche Erörterung des Artikels vor, der im wesentlichen lautet:

„Der Entwurf entspricht in seinen Grundzügen der Ankündigung, die gelegentlich der Beratung des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915, erfolgt ist. Die Reichsleitung weiß sich bei der Einbringung des Entwurfs im grundsätzlichen Einverständnis mit dem deutschen Volke in seiner wohl ausnahmslosen Gesamtheit. Die Sonderbesteuerung der Personen und Unternehmungen, die aus der während der Kriegszeit sich vollziehenden großen Wertveränderung mit einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hervorgehen, ist nicht nur finanzpolitisch gerechtfertigt, sie entspringt in erster Linie ethischen Motiven, sie ist eine Forderung des sozialen Bewusstseins. Herrscht über ihre grundsätzliche Berechtigung keine Meinungsverschiedenheit, so entstehen doch mancherlei Schwierigkeiten, um die richtige Mittellinie bei ihrer Ausgestaltung zu finden. Es ist verständlich, wenn von der einen Seite immer wieder auf die hohen Gewinne hingewiesen wird, die einzelne gemacht haben, und dem gegenüber die wirtschaftlichen und finanziellen Opfer unterstrichen werden, die der Krieg der großen Mehrzahl des Volkes auferlegt hat. Andererseits ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Kapitalbildung ein notwendiges Stück des Durchhaltens, des Wiederaufbaus und der Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft ist. Unsere Feinde haben sich als Kriegsziel gesetzt, die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes zu vernichten. Nicht nur die von ihnen für die Zeit des Krieges in Wirkung gesetzten Anordnungen, sondern auch die teils bereits getroffenen, teils vorgesehenen Maßnahmen für die Zeit nach dem Kriege zeigen uns dieses Bestreben in aller Deutlichkeit. Es wäre falsch, den Unternehmungsgeist und die Arbeitsfreude des deutschen Kaufmanns, des deutschen Industriellen und des deutschen Landwirts durch allzu scharfe Steuermahnahmen zu unterbinden. Dem Unternehmungsgeist und der rastlosen Arbeit unserer schaffenden Stände verdanken wir in erster Linie die erfolgreiche Umstellung der Friedenswirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die Vermeidung schlimmer Störungen in der Fortentwicklung des Wirtschaftslebens, deren Folge Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit gewesen wären. Auf diese Kräfte müssen wir für die kommende Friedensarbeit zählen können. Der Entwurf versucht, diese Forderung mit den sozialen und finanziellen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen.

Neben der Kriegsgewinnsteuer beabsichtigt die Reichsregierung dem Reichstag in seiner nächsten Tagung eine Reihe von Steuerentwürfen vorzulegen, die insgesamt etwa 600 Millionen Mark erbringen sollen, nämlich:

1. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben,
2. Entwurf eines Quittungstempelgesetzes,
3. Entwurf eines Gesetzes über eine mit den Postgebühren zu erhebende Reichsabgabe,
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Frachtturkundenstempel und seine Ausdehnung auf Städtgüter.

Diese Gesetzentwürfe bilden eine notwendige Ergänzung zu dem im März dem Reichstage zugehenden Staatsentwurf des Deutschen Reichs.

Die Steuervorlagen bezwecken nicht eine Lösung der Frage nach der Deckung der gesamten aus dem Kriege sich ergebenden Belastung; diese Aufgabe wird nach Beendigung des Krieges zu lösen sein. Die Erschließung neuer Reichseinnahmen wird vielmehr zurzeit nur insoweit vorgeschlagen, als die feststehenden Grundzüge einer guten Wirtschaftsführung, die auch während des Krieges nicht preisgegeben werden dürfen, dies erfordern. . . .

Bei der Entscheidung, welche Steuerquellen zu dem genannten Zweck erschlossen werden können, müssen folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend sein.

Eine weitere direkte Besteuerung neben der Kriegsgewinnsteuer scheidet aus. Bereits jetzt haben Einzelstaaten und Kommunen die direkten Steuern stark in Anspruch genommen, und es läßt sich nicht übersehen, bis zu welcher Höhe dies im weiteren Verlaufe noch geschehen muß.

Es ergibt sich hieraus für das Reich die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung die Erschließung weiterer Einnahmen zu suchen.

Diese Steuern müssen auf einen möglichst weiten Kreis gelegt werden, tunlichst unter Schonung der durch den Krieg ohnedies in ihrem Einkommen und Vermögen hart Betroffenen, insbesondere der minderbemittelten Klassen der Bevölkerung.

Schließlich muß mit möglichst einfachen Mitteln ein möglichst hoher Ertrag erzielt werden. Für die Erhöhung der Reichseinnahmen können in der alle Kräfte aufs äußerste anspannenden Kriegszeit nur Maßnahmen ergriffen werden, die ohne neue Organisationen und möglichst ohne Vermehrung des Beamtenpersonals durchführbar sind.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind die vorliegenden Entwürfe aufgestellt, und unter diesen Gesichtspunkten werden sie von der Öffentlichkeit und von den durch sie Betroffenen aufzunehmen und zu beurteilen sein.

Bereits in früheren Vorlagen der Regierung ist nachdrücklich auf eine erweiterte Besteuerungsfähigkeit des Tabaks hingewiesen worden. Die Belastung mit Tabakabgaben auf den Kopf der Bevölkerung betrug im Jahre 1912

in Deutschland	2,73 M.
in England	6,28 M.
in Frankreich	7,68 M.

Eingehende Verhandlungen mit sachverständigen Vertretern des Tabakgewerbes haben ergeben, daß eine Erhöhung der Tabakabgaben im gegenwärtigen Zeitpunkt für Gewerbe und Verbraucher erstreblich ist. Der Tabak ist ein entbehrliches Genussmittel, so daß mit seiner Besteuerung keine unbedingte Belastung des Haushalts verbunden zu sein braucht. Die Einschränkung oder Mehrbelastung, die dem Verbraucher zugemutet wird, steht in keinem Verhältnis zu den Opfern, die der Krieg von allen verlangt. Die Vorlage sieht eine verhältnismäßig niedrige Belastung für den Massenverbrauch an billigen Tabaken (Mauk- und Kautabak, billige Zigaretten), eine wesentlich stärkere Belastung für den Luxuskonsum vor. Der Entwurf legt besonderes Gewicht darauf, den im Inland gewonnenen Tabak, der hauptsächlich für die Herstellung billigen Rauchtabaks und billiger Zigarettenforten in Frage kommt, gegenüber dem eingeführten Tabak zu begünstigen. Eine gewisse Verringerung des Verbrauchs von ausländischen Tabaken wäre, selbst auf die Gefahr einer Minderung des Steuerertrages hin, unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung unserer Handelsbilanz und Balasta durchaus erwünscht.

Die Ertragssteigerung der Abgaben auf Zigaretten soll zur möglichststen Schonung der Betriebsverhältnisse in der Zigarettenindustrie durch die Erhebung eines Kriegsaufschlags vorgenommen

werden, der äußerlich als Aufdruck des erhöhten Verkaufspreises auf das Steuerzeichen (Vanderole) erscheint.

Anderer Verbrauchsbefastungen als die Erhöhung der Tabakabgaben sind nicht geplant. Dagegen wird der Verkehr, der trotz der Kriegszeit eine erfreuliche Leistungsfähigkeit bewiesen hat, in erheblichem Umfang herangezogen.

Die Einführung eines Quittungstempels wird nicht ohne eine Befreiung des Verkehrs abgehen. Denn ein Quittungstempel ohne Quittungszwang würde nicht die erforderlichen Erträge bringen. Hier wird nach Möglichkeit durch Vorschriften zu helfen sein, welche Zahlung von geringeren Beträgen und zu bestimmten Zwecken von der Steuer befreien. Eine völlige Auslassung des Verkehrs von der Stempelabgabe wäre aus Rücksicht auf die notwendige Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs nicht zu rechtfertigen. Andererseits würde eine Befreiung des bargeldlosen Verkehrs von der Abgabe eine einseitige Belastung der minderbemittelten Bevölkerungsschichten zur Folge haben, da gerade die Befreierten sich des Banküberweisungsverfahrens bedienen und große Zahlungen fast immer auf diesem Wege geleistet werden. Den Bestrebungen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs trägt die Vorlage in weitem Umfang Rechnung; u. a. soll mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes der Scheckstempel in Fortfall kommen.

Eine ansehnliche Einnahmesteigerung ist durch eine stärkere Heranziehung des Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs zu erzielen. Eine solche stärkere Heranziehung ist möglich, ohne daß eine volkswirtschaftliche schädliche Einschränkung des Verkehrs befürchtet zu werden braucht. An der Ausbringung dieser neuen Einnahmen wird fast die ganze Bevölkerung teilnehmen, doch werden nur leistungsfähige Schichten durch sie in stärkerem Maße belastet. Für breite Schichten wird der Gebührenzuschlag durch die für die Postsendungen bestehenden Vergünstigungen in ganz besonderem Maße leicht gemacht.

Mit dieser Reichsabgabe steht die Einführung eines Stempels auf Frachtturkunden von Städtgutsentfernungen auf Eisenbahnen und Schiffen in engem Zusammenhang. Einer Abwanderung des Postverkehrs auf die Eisenbahnen soll vorgebeugt werden. Neben der Einführung eines Städtgutsstempels ist eine Erhöhung des bestehenden Frachtturkundenstempels geplant.

Die Veröffentlichung der Einzelheiten dieser verschiedenen Gesetzentwürfe bleibt vorbehalten.

Die neuen Steuern sind Kriegsteuern; nichts mehr und nichts weniger. Sie sollen den Forderungen der Stunde genügen und der künftigen Neuordnung der Reichsfinanzen nicht vorgreifen. Was davon später zu beseitigen und zu ändern, was beizubehalten und in die künftige Finanzverfassung des Reichs einzuordnen sein wird, ist spätere Sorge. Für den Augenblick handelt es sich darum, die ordentliche Finanzwirtschaft des Reichs auch während des Krieges im Gang zu halten. Es ist ein Kriegserfordernis, daß uns dieser feste Boden gesichert bleibt.

Nachdem das deutsche Volk in monatelanger militärischer und wirtschaftlicher Ringen mit bewundernswürdiger Einmütigkeit und beispiellosem Opferfinn seinen Entschluß bewiesen hat, den ihm aufgetragenen Daseinskampf zum siegreichen Ende zu führen, ist kein Zweifel gestattet, daß es auch die finanziellen Lasten auf sich nehmen wird, die dieses Ziel erheischt.“

Die nunmehr veröffentlichte Kriegsteuervorlage bewegt sich im Rahmen dessen, was bereits an die Öffentlichkeit durchgedrungen war. Sie hat ganz die Tendenz, die zu erwarten war: die Lasten, die breiten Massen zu treffen.

Was zunächst die Kriegsgewinnsteuer anbelangt, so werden dadurch die während des Krieges zusammengekauften Vermögen keineswegs in sehr erheblichem Maße getroffen. Während die nichtbesitzenden Schichten mit Gut und Blut die Opfer des Krieges aufbringen mußten, während ins Feld gerückte Arbeiter, Handwerker und Kleingewerbetreibende in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wurden und ihre Familien der keineswegs sehr üppigen Unterstützung durch Staat und Gemeinde anheimfielen, konnten durch die Konjunktur des Krieges gewisse besitzende Schichten zum Teil sehr große Vermögen anhäufen. Diese Vermögen sollen ja nun besteuert werden. Aber wie! Ein Vermögenszuwachs bis zu 20 000 Mark soll mit 5 Prozent versteuert werden. Wenn einer also während des Krieges und durch den Krieg 20 000 Mark Vermögen „gemacht“ hat, soll er davon 1000 Mark abgeben müssen. Für weitere 30 000 Mark Kriegsgewinn soll er 6 Prozent abführen. Das sind 1800 Mark. Wenn also ein Kriegsspekulant 50 000 Mark Gewinn während des Krieges eingestrichelt hat, soll er davon 2800 M. abgeben. Für weitere 50 000 M. soll er mit 8 Proz. Kriegsteuer herangezogen werden. Das sind 4000 M. Jemand, der also unter geschickter Ausnutzung der Kriegskonjunktur zu einer Zeit, wo die breite Masse des Volkes sich auch die schwersten Entbehrungen auferlegen mußte, 100 000 M. Geschäftsgewinn erzielte, soll davon 1000 + 1800 + 4000, also im ganzen 6800 M. Steuern abzuführen haben. Sein Reichtum beziffert sich dann also immer noch auf 93 200 M. Das ist der furchtbare Aberlaß, der den Kriegsspekulanten und Rüstungsindustriellen aufgebürdet wird! Bei solch einer Besteuerung läßt sich natürlich immer noch glänzend leben, läßt sich dem Ende des Krieges, wie fern es auch noch sei, mit aller Seelenruhe entgegensehen!

Außer dieser Kriegsgewinnsteuer soll keinerlei direkte Steuer vorläufig erhoben werden, diweilen ja die Einzelstaaten hinlänglich herangezogen wurden. Das heißt, alle die Rieservermögen und Rieseneinkommen, die schon vor dem Krieg vorhanden waren, sollen auch jetzt nicht in höherem Maße herangezogen werden, als es den Klassenvertretungen der Einzelstaaten gefällt. Der preußische Staat, der zwei Drittel der Einwohnerzahl des gesamten Reiches umfaßt, soll z. B. damit das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit bewiesen haben, daß er die Riesensumme von 110 Millionen neuer direkter Steuern jährlich aufbringt!

Diese Enthaltensart im Steuerzahlen wird damit motiviert, daß der Kapitalbildung während des Krieges keine allzu schweren Fesseln auferlegt werden dürfen.

Außer der Kriegsgewinnsteuer sollen 500 Millionen Mark durch indirekte Steuern aufgebracht werden; durch eine Erhöhung der Tabakabgaben, eine Erhöhung der Stempelabgaben, der Postgebühren und der Frachtturkundenstempel. Alle diese indirekten Lasten werden letzten Endes nicht von den zunächst Betroffenen, den Tabakfabrikanten, den Kaufleuten usw., getragen, sondern schleunigst auf die breite Masse der Bevölkerung abgewälzt werden, sofern sie nicht, wie bei der Erhöhung der Postgebühren, sogleich und direkt die bestkloßen Schichten treffen.

Früher hat die sozialdemokratische Fraktion für eine derartige Dedung der Reichs- und Staatsausgaben nur das schärfste Verdammungsurteil geholt. Und obwohl inzwischen ja infolge der famosen Neuorientierung die wunderbarsten Auffassungen auch auf steuerpolitischem Gebiete ihre Ver-

fechter gefunden haben, möchten wir denn doch einstweilen annehmen, daß auch die Mehrheit der Reichstagsfraktion sich unmöglich mit diesen indirekten Belastungsplänen der breiten Massen befreunden kann. Ist doch das deutsche Volk bereits durch Lebensmittelzölle und alle möglichen anderen indirekten Steuern so schwer belastet — schwerer als im Vergleich irgendeiner anderen Nation —, daß es unrecht wäre, den breiten Massen des Volkes auch noch diese neue Bürde auferlegen zu wollen.

In dem Regierungsentwurf wird allerdings versichert, daß diese Steuern ja alle nur Kriegsteuern seien und keineswegs etwas Endgültiges darstellten. Daran ist wenigstens soviel richtig, daß diese Steuern erst den allerersten und schüchternsten Anfang neuer Steuerlasten verkörpern und daß das die Ende erst noch kommen wird. Auf Abbürdung bereits vorläufig auferlegter Steuern wird das deutsche Volk kaum zu rechnen haben, aber mit größter Bestimmtheit wird es annehmen dürfen, daß zu diesem Steuerbukett noch ein überaus reiches Sortiment neuer Steuern kommen wird, dessen Höhe in runden Milliarden sich einstweilen noch nicht entfernt übersehen läßt.

Kundgebung zur Tabakbesteuerung.

Wie bereits durch die Presse angekündigt, beabsichtigt die Reichsregierung dem im März zusammentretenden Reichstage eine neue Tabaksteuer vorzulegen, nach welcher neben den 200 Millionen Mark, welche die Tabakindustrie bereits zu tragen hat, weitere 200 Millionen Mark aus ihr herausgeholt werden sollen. Es soll dieses in der Weise geschehen, daß eine schematische Erhöhung nach Art der bisherigen Tabakbesteuerung stattfindet. Demnach wird die Inlandsteuer, der Zoll und die Wertsteuer erhöht werden. Für die Zigarettenindustrie ist eine Kriegsmarke zur bestehenden Vanderolesteuer geplant.

Die drei Organisationen der Tabakarbeiter, Deutscher Tabakarbeiterverband, Zentralverband christlicher Tabakarbeiter und Gewerkschaft der deutschen Zigaretten- und Tabakarbeiter (S.-D.), nahmen in einer zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz Stellung zu den Tabaksteuerplänen und beschloßen folgende Kundgebung:

Obwohl seit längerer Zeit Gerüchte einer härteren Heranziehung der Tabakindustrie zu den Reichseinnahmen laut wurden, glaubten die deutschen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die Reichsregierung werde sich scheuen, einer Industrie, die bereits so außerordentlich hoch belastet ist, weitere Opfer aufzuerlegen. Wenn auch der Krieg an die Finanzwirtschaft des Reiches ungeheure Anforderungen stellt und ferner noch stellen wird, so kann es nicht Aufgabe der Regierung und Gesetzgebung sein, die entstehenden Lasten einseitig zu verteilen. Gerech ist nur die gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Volksgenossen nach Einkommen und Vermögen. Wenn die Regierung beabsichtigt, wozu leider nicht mehr zu zweifeln ist, der Tabakindustrie eine weitere Belastung von mehreren Hundert Millionen aufzubürden, so bedeutet das in Anbetracht der hohen Summen, welche die Tabakindustrie bereits zu leisten hat, eine starke Lähmung dieser Industrie, von der sie sich kaum jemals wieder erholen kann. Noch heute, im Jahre 1916, hat sich insbesondere die Zigarettenindustrie von der im Jahre 1909 beschlossenen Wertsteuer nicht erholt. Die Regierung mag annehmen, wie bei früheren Belastungen auch, daß die kommende Belastung von den Konsumenten getragen wird; das trifft jedoch nicht vollständig zu, insbesondere nicht für die Zeit des Liebergangs. Nicht nur, daß die Tabakindustrie zur Investierung größerer Kapitalien gezwungen ist, deren Verzinsung gleichfalls herausgewirtschaftet werden muß, wird sie, wie bei anderen Steuermaßnahmen die Erfahrung gelehrt hat, zahlreiche mittlere und kleine Existenzen vernichten. Vor allem aber werden es die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie sein, wie früher auch, die in schwere Bedrängnis geraten werden. Dabei ist die Arbeiterchaft der Tabakindustrie die schlechteste gestellt unter der deutschen Arbeiterchaft überhaupt. Noch bis unmittelbar vor dem Kriege, also in ruhiger Zeit, hat die deutsche Tabakarbeiterchaft mit starker Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt, und ihre Organisationen haben erheblich höhere Summen für Arbeitslosenunterstützung als vor 1909, im ganzen und pro Kopf, ausgeben müssen.

Außerordentlich schwer wird es den Tabakarbeitern, hauptsächlich infolge der starken steuerlichen Belastung, ihre niedrigen Arbeitslöhne, so wie es andere Arbeitergruppen vermögen, aufzubessern. Eine erweiterte Belastung wird nicht nur die Arbeitslosigkeit vermehren. Die Entlassungen werden, wenn die Belastung, wie in der Presse angekündigt, mehrere Hundert Millionen betragen soll, zu Tausenden erfolgen. Das kann die Tabakarbeiterchaft mit dem besten Willen nicht mehr ertragen. Hinzu kommt, daß eine weitere Folge die Verlegung der Betriebe nach abgelegenen Dörfern sein wird, so daß ganze Ortschaften, in denen jetzt die Tabakindustrie stark vertreten ist, schwer geschädigt werden, wie auch außerdem noch die in der Tabakindustrie stark verbreitete Heimarbeit zum Schaden der Volksgesundheit weiter verbreitet wird.

Nicht unberücksichtigt zu lassen ist, daß nach Beendigung des Krieges der Tabakindustrie und vor allem ihrer Arbeiterchaft schwere Zeiten bevorstehen. Der Krieg und die damit verbundenen Heereslieferungen haben zwar eine verhältnismäßig günstige Konjunktur geschaffen, doch darf trotzdem behauptet werden, daß sich selbst jetzt die Tabakindustrie in recht unsicheren Verhältnissen befindet. Nach dem Kriege wird ohne Zweifel der Konsum an Tabakfabrikaten, schon in Rücksicht auf die noch anhaltenden hohen Lebensmittelpreise, eine erhebliche Einschränkung erfahren, so daß auch ohne Steuererhöhung ein starker Rückschlag eintreten wird, dessen erste Folgen Arbeiterentlassungen sein müssen. Dabei kommt in Betracht, daß während der Kriegszeit viele Tausende Arbeiterinnen, vor allem aus der Bekleidungsindustrie, neu angelernt worden sind, außerdem lehren Zehntausende Tabakarbeiter aus dem Heeresdienst jurid. Drückt dann noch eine solch ungeheure Steuererhöhung, wie sie geplant ist, auf den Konsum und damit auf die Tabakindustrie, so läßt sich ermesen, wie groß das Elend ist, das den Tabakarbeitern in Aussicht steht. Nicht unerheblich ist, daß die Tabakarbeiter als Staatsbürger sowieso zu den Lasten, die der Krieg bringt, herangezogen werden, also demnach doppelt und viel schwerer als alle übrigen Staatsbürger unter den Folgen des Krieges leiden sollen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus weiß sich die Konferenz eins mit der gesamten deutschen Tabakarbeiterchaft, wenn sie gegen jede weitere Belastung der deutschen Tabakindustrie den ernstesten Protest erhebt und an Regierung und Reichstag das Ersuchen stellt, von jeder weiteren Belastung der Tabakindustrie abzusehen.

Sollten sich dennoch Regierung und Reichstag zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschließen, so setzt die deutsche Tabakarbeiterchaft voraus, daß eine Form gewählt wird, welche am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Arbeiterchaft zu schädigen; als solche kann die schematische Erhöhung der Inlandsteuer, des Zolles, der Wertsteuer, wie auch die Einführung der „Kriegsmarke“ für Zigaretten nicht angesehen werden.

Die deutsche Tabakarbeiterchaft setzt weiter voraus, daß Regierung und Reichstag, die durch eine etwaige weitere Belastung der Tabakindustrie arbeitslos werdenden und in Not geratenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen entschädigen werden, wie sie auch anderen durch den Krieg geschädigten Teilen der Bevölkerung ihre Fürsorge zugewandt haben.

Aus Groß-Berlin.

Wasser und Wald im Kriegswinter.

Da hat einer den Einfall gehabt, Dampferfahrten auch im Winter zu veranstalten. Manche halten das für originell. Sie schwimmen in Begeisterung und finden die Winterfahrt über Wasser großartig schön. Andere bleiben enttäuscht. Es war ein herrlicher Wintertag, auch ohne steifen Frost und starken Schnee. Im fast zu gut geheizten Desfalon des Dampfers sah man um kleine Wärmertische in drangvoll fürchterlicher Enge. Durch den niedrigen Raum zog ein mächtiger „Geht“ von Tabakqualm. Ein Klavier hämmerte, eine Geige kratzte. Viel lustiges junges Volk mit Wimmerhölzern und Mundharmonikas tollte sich aus. Ein paar ältere Leute, die keinen Spaß verstehen wollten, rümpften schon die Nase. Nein, in der Singakademie sieht man hier nicht. Der Schiffsteller macht ein grämliches Gesicht. Die weit hinaus ins Freie wollen, haben wenig Sinn für Alkohol. An den Fenstern klebt eine Nebelwand. Nur ab und zu sieht man flüchtig Bootshäuser, Laubenkolonien im Winterkleid, trostlos öde Sprechlokale und lange Reihen von Fabrikgebäuden. Na da draußen an der Obersee wird ja nicht schlecht industriell gebaut und sogar am Sonntag gemauert. Man merkt, daß Krieg ist und der Profit regnet. Born durch die Kajütentür klettern Männlein und Weiblein auf das lustige Verdeck. Gleich schreien die Stubenhocker: „Für zu... es zieht!“ Wenigstens zieht der „Geht“ ab. Nach zweistündiger Nimbimbifahrt, die ohne Schneelandschaft wirklich wenig Naturreize bietet, wird endlich gestoppt.

Grün ist der märkische Wald auch im Winter. Und da draußen liegt sogar stellenweise noch eine leichte weiße Dille aus Frau Holles Federbetten. Es läuft sich famos. Man kommt noch einmal so schnell vorwärts als im Sommerland. Die überfluteten Wiesen sind mit dünnem Eis überzogen. An den Ufern der Seen und der Dahme schieben sich Eisschollen zu Tausenden. Auf den Müggelbergen ist zwischen Teufelssee, Spindelturm und Marienlust der früher sehr beschwerliche Auf- und Abstieg bedeutend erleichtert. Dank der fleißigen Arbeit der Pioniere, die im Kriegsdienst die das Militärische mit dem Nützlichen verbanden! Wir legten nach dem Nachmittagskaffee. Aber viele große Sommerlokale sind wegen des Krieges ganz geschlossen, die wenigen offenen Säle überfüllt. Was sich im Wald verkrümelte, sitzt hier wie in einem Bökelsack. Man hat auch kein Sitzfleisch, drängt wieder nach draußen. Einige Schnupfenfeste trinken schon im Freien ihren labbrigen Koffa. Von Berlin kommt mit den Eisenbahnzügen neuer Zugang. Aber noch viel mehr sollten sich entschließen, am schönen Winter Sonntag nicht in Berlin und in den aller-nächsten Vororten hängen zu bleiben. Am Bahnhof Grünau gab es gegen sieben Uhr zum Abschied die übliche Drängelerei. Ein Schalter nur offen und ein Beamter mit bewundernswürdiger Ruhe tätig. Man nimmt es ohne Schimpferei mit in den Kauf... es ist ja Kriegszeit. Und alle sind ja so froh-gelant, daß sie die Lungen mit herrlicher Winterluft voll-gepumpt haben. Da arbeitet es sich am nächsten Tage noch einmal so gut.

Zur Erhebung des Kartoffelbestandes.

Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter werden in ihrem eigenen Interesse nochmals darauf hingewiesen, daß sie die vollständig ausgefüllten Hauslisten zur Erhebung des Kartoffelbestandes vom 24. d. M. spätestens bis zum 28. d. M. bei der nächsten Steuerklasse abzugeben haben. Es wird bemerkt, daß die Angaben bei dieser durch den Bundesrat angeordneten Erhebung um so eingehender auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen sind, als sie nach der Verordnung vom 7. d. M. die Grundlage der Bedarfsfeststellung zu bilden haben.

Oskar Schröder.

Am Donnerstagnachmittag wurden nach einer würdigen Trauerfeier die sterblichen Ueberreste eines den alten Berliner Genossen wohlbekannten Parteiveteranen auf dem städtischen Friedhofe in der Seestraße zur letzten Ruhe bestattet. Man sah in dem zahlreichen Trauergefolge so manchen der noch übrig gebliebenen alten Kämpen der Partei. Oskar Schröder, dem die Feier galt, ist am Sonntag plötzlich an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Alle, die ihm in der Bewegung nahestanden, bedauern aufrichtig den Tod dieses überzeugungstreuen, schlichten und einfachen Mannes.

Im Jahre 1886 geboren, erlernte er das Handwerk eines Lederzurichters. Schon frühzeitig, mit 20 Jahren, trat er in die Arbeiterbewegung ein und hat bis zum letzten Lebens-tage unablässig für dieselbe gewirkt. Er war einer der Mit-begründer der Berufsorganisation der Lederarbeiter und wurde als solcher 1899 anlässlich des Anschlusses der Lokalorganisierten an den Zentralverband der Lederarbeiter zum Verbandstage delegiert. Er rief mit anderen die Freie Hilfskasse der Lohgerber und Lederzurichter ins Leben und hat jahrelang dem Vorstande derselben angehört. Nachdem er sich im Jahre 1890 in seinem Berufe selbstständig gemacht hatte, übernahm er im Jahre 1903 eine Gastwirtschaft in der Stromstr. 36, die bis zum heutigen Tage ein Treffpunkt aller bekannten Noabiter Genossen geblieben ist. Als Mitglied des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Berlins hat er jahrelang den Ehrenposten eines Kassierers des Bezirks I bekleidet und wirkte als Vertreter der Berliner Organisation auf dem Verbandstage zu Köln. Während des Sozialistengehezes hat er im dritten Kreise der politischen Organisation mit allen Kräften gedient, was besonders diejenige zu würdigen wissen, die die damalige Sturm- und Drangperiode der Partei miterlebt haben. Seit 1889 war er im sechsten Kreise jahrelang als Bezirks- und Abteilungsleiter tätig und gehörte auch unter dem Bier-bohott der Lokalkommission an. Wiederholt wurde er als Vertreter zu Provinzial-Parteitagen delegiert. Im Jahre 1910 lähmte ein Schlaganfall, von dem er sich nur schwer wieder erholte, die Schaffenskraft des opferfreudigen Mannes. Vier seiner Söhne stehen im Kriege vor dem Feinde, doch der Sturm, der im jetzigen Weltbrande über die Erde dahinbraust, hat ihn nicht in seiner Ueberzeugung zu erschüttern vermocht. Er lebte und starb im festen Glauben an die befreiende Macht des Sozialismus.

Der Durchgang durch die Linden-Halle.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Prof. Dr. Ritter trat am Donnerstag der Petitionsausschuß der Berliner Stadtverordneten-versammlung zu einer Lokalbesichtigung in der Markthalle II. Lindenstraße, zusammen. Zu dieser Besichtigung waren u. a. Stadtrat Ralisch mit mehreren Stadtverordneten der Friedrichstadt, des Gasseckentorviertels und der Luisenstadt und dem Direktor der

städtischen Markthallen erschienen. Die Besichtigung ergab, daß die Bedenken der städtischen Verwaltung gegenüber den Anträgen und Gesuchen um Herstellung eines Durchganges von der Friedrichstraße nach der verlängerten Charlottenstraße (Endeplatz) von keiner Seite unterläßt wurden. Allseitig wurde die Notwendigkeit der baldigen Herstellung dieses Durchganges für den allgemeinen Verkehr unumwunden anerkannt. Der Magistratsvertreter stellte eine wohlwollende Prüfung in Aussicht. Damit scheint der Durchgang gesichert und ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung der Friedrich- und Luisenstadt der Erfüllung nahe zu sein.

Billige Schuhe verschafft sich auf eine eigene Art ein Schwindler, der in Groß-Berlin auftritt und gestern in Neudölln wieder Erfolg hatte. Der Mann geht zu irgend einem Schuhmacher, gibt an, Frau Schulz oder Frau Müller, oder wie er sich gerade nennt, habe ihn beauftragt, ihre dem Meister zur Ausbesserung übergebenen Schuhe abzuholen und zeigt gleich auf ein Paar mit den Worten: Da stehen sie ja! Der Meister erklärt ihm, daß sei ein Irrtum, Frau Schulz habe ihm keine Schuhe gebracht; die, die ihr Auftraggeber meinte, gehörten nicht ihr, sondern einer andern Frau, deren Namen und Wohnung der Meister arglos nennt. Damit hat der Schwindler seinen Zweck erreicht. Er empfiehlt sich mit vielen Entschuldigungen, daß er keine Auftraggeberin mehr gefunden haben und zu einem verkehrten Meister gegangen sein müsse. Bald darauf schiebt er einen Jungen, den er sich wohl auf der Straße annimmt, mit einem Briefe, der die Unterschrift der Frau trägt, die der Meister ahnungslos genannt hat. Der Junge bringt auch so viel Geld mit, daß er die geringen Kosten für die Ausbesserung bezahlen kann. Auf den schriftlichen Auftrag, dem Ueberbringer des Briefes die Schuhe mitzugeben, erhält der Junge sie ohne weiteres. Der Schwindler erwartet ihn jedenfalls irgendwo an einer Straßenecke, um sich die Beute geben zu lassen, die er ohne Zweifel wieder verkauft. Den Schaden haben jedesmal die Schuhmachermeister, die ihrer Kundschaft für den Verlust haften.

Unterfagter Handel.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesrats-Verordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin dem Kaufmann Jean Schwere in Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Str. 58, den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handel unterfagt.

Die Endabrechnung der Opfergabe liegt nunmehr vor. Das Ergebnis der Sammlung beträgt 429 160,90 M. An diesem Betrage sind außer dem Roten Kreuz von Berlin beteiligt die Roten Kreuz-Organisationen von Charlottenburg, Schöneberg-Wilmersdorf, Neudölln und Lichtenberg.

Aus den Gemeinden.

170 Proz. Kommunalsteuerzuschlag.

Die westlichen Groß-Berliner Stadtgemeinden Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf haben nunmehr ihre Beratungen über den nächstjährigen Haushaltsplan abgeschlossen. Trotz größter Sparsamkeit ist in allen drei Gemeinden ein Einkommensteuerzuschlag von 170 Proz. zur Herstellung des Gleichgewichts im nächstjährigen Haushaltsplan notwendig. Von einer Erhöhung der Grundsteuer hat man gleichmäßig unter Berücksichtigung der Kollage des städtischen Haus- und Grundbesitzes Abstand genommen.

Erneuter Fleischankauf in Weißensee.

Durch den äußerst schnellen Absatz der vor kurzem beschafften Schweinefleisch- und Lammfleischmengen sah sich der Gemeindevorstand und die Finanzkommission veranlaßt, erneut 800 Zentner gefrorenes Schweinefleisch durch die Einkaufsgesellschaft zu bestellen. Dieses Fleisch soll zu den bestehenden Höchstpreisen an die Einwohnerkaufleute abgegeben werden, trotzdem die Gemeinde dafür einen höheren Preis entrichten muß. Ebenso sind weitere 50 Tonnen zu je 2 1/4 Zentner gepökeltes Lammfleisch in Bestellung gegeben worden.

Die Steglitzer Gemeindevahlen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins beschloß, im 1. Bezirk der III. Klasse den auscheidenden Vertreter, Genossen Friß Hamburg, wieder auszustellen. Die Wahl findet am Mittwoch, den 1. März, von 10-2 und 3 1/2-8 Uhr, im Saale des „Schloßparks“ statt. Der erste Wahlbezirk umfaßt die Schloßstraße mit ihren Nebenstraßen bis zur Eisenbahn, mit Ausnahme der Nummern 69-85 der Schloßstraße, der Straße Ruhligshof, Bahnhof 1 und 2, Lichterfelder Chaussee, Traumbroderstraße sowie Albrechtstr. 1-6 und 128-132. Für den zweiten Wahlbezirk wurden diesmal keine Kandidaten aufgestellt, deshalb werden sich dort die Parteigenossen überhaupt nicht an der Wahl beteiligen. Die Wahlen in der I. und II. Klasse haben für die Arbeiterkaufleute von Steglitz insofern keine Bedeutung, als sie in diesen Klassen über nur wenige Stimmen verfügt.

Von den Wählern des ersten Bezirks wird vollzählige Beteiligung erwartet und nochmals darauf hingewiesen, daß weder amtliche Anzeigerkarten zugestellt werden noch besondere Wahl-aufforderungen durch die Partei erfolgen. Tue jeder seine Pflicht!

Spandauer Stadtverordnetenversammlung.

Wegen der Sperrung der Charlottenbrücke für jeglichen Fußgängerverkehr ist fast der gesamte Straßenbahnverkehr wiederum sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Wie bei der Beratung der Vorlage über den Einbau eines Gleiswechsels berichtet wurde, ist es aber möglich, daß die Brücke für leichte Fußgänger freigegeben wird. Eine gründliche Besserung der Verkehrsverhältnisse wird jedoch erst mit dem Bau der Hilfsbrücke eintreten.

Bezüglich der beschlossenen Herabsetzung der Elektrizitätsgebühr lag ein Kompromißantrag des Magistrats vor, wonach den pflanzlichen Personen ein Rabatt von 3 Pf. für die mit 88 Pf. zu berechnende Kilowattstunde gewährt werden soll. Stadtv. Kirch (Kommunale Vereinigung) sprach sich wiederum gegen die Ermäßigung der Elektrizitätsgebühr aus, da dieselbe nur einem kleinen Teil der Steuerzahler und in erster Linie den großen Geschäftleuten zugute komme. Neben erluchte, die Ermäßigung der Elektrizitäts-gebühr abzulehnen und an deren Stelle die 4-Mark-Steuerstufe für Personen mit einem Einkommen unter 900 M. aufzuheben. Genosse Pie d wies den vom Stadtv. Kirch gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er Verwandtschaftsinteressen vertrete, energisch zurück. Die Ermäßigung der Elektrizitätsgebühr wurde mit großer Majorität beibehalten.

Eine längere Diskussion rief der Schulfetat hervor, der mit 1 828 000 M. (203 000 M. mehr als im Vorjahre) abschließt. Der Staatszuschuß beträgt 44 100 M., der städtische Zuschuß 1 888 000 M. (178 081 M. mehr). Stadtv. Duchs bemängelt das niedrige Gehalt der Hilfslehrerinnen, das nur 100 M. monatlich betrage und bei teuren Zeiten und den hohen Wohnungsmieten bei weitem nicht ausreichte. Neben stellt den Antrag, 10 000 M. in den Etat einzustellen und dafür das Gehalt der Hilfslehrerinnen um 25 M. zu erhöhen. Stadtv. Barthel (Kommunale Vereinigung) sprach sich gegen den Antrag aus und vertritt die Hilfslehrerinnen auf spätere Zeiten. Genosse Pie d bedauerte, daß seit zwei Jahren kein Bericht der Schulärzte herausgegeben worden sei. Wenn es nach der Kommunalen Vereinigung ginge, die die Erhöhung der Gehälter der Hilfslehrerinnen bis nach dem Kriege hinauschieben wollen, seien dieselben mittlerweile an Unterernährung gestorben. Der Etat wurde unverändert angenommen und die Erhöhung der Gehälter der Hilfslehrerinnen abgelehnt.

Schweinefleischhöchstpreise im Kreise Teltow.

Der Kreisaußschuß des Kreises gibt die für den Kreis festgesetzten Schweinefleischhöchstpreise bekannt, die in gleicher Höhe wie für die Groß-Berliner Städte normiert worden sind.

Berichtszeitung.

Eine Meineidsfabrik.

Die Geheimnisse einer Meineidsfabrik werden in einem großen Meineidsprozeß enthüllt, dessen Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spektischer begann. Unter der Anklage des wesentlichen Meineides wurde der ehemalige Ver-fügungsbeamte Kurt Daumlehner aus der Straßhaft vorgeführt, wegen Anstiftung zum Meineide sind die Schneiderin Charlotte Schuhmann und der frühere Privatdetektiv Kurt Edert angeklagt.

Es handelt sich um ganz raffinierte Schliche, die vom Angell. Edert erlommen waren, um in zwei der alljährlichen Alimenter-Streitigkeiten einen Zeugen zu finden, dessen Aussagen die Anprüche des betreffenden klagenden Mädchens als unbegründet erscheinen ließen. In beiden Fällen ist der Angestellte Daumlehner, der vorübergehend auch unter dem Namen Lehner als Schauspieler aufgetreten ist, als der rettende Zeuge aufgetreten. In der ersten Sache (Ratich) ist Daumlehner wegen Meineides in drei Fällen zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden. In dieser Sache war die Vorunter-suchung ursprünglich auch auf die Schuhmann und den Edert gerichtet gewesen; diese waren aber auf freien Fuß gelassen worden und erst nach Abschluß des Verfahrens wurde auf Grund eines umfangreichen Geständnisses des Daumlehner nach seiner Verurteilung das Verfahren gegen Schuhmann und Edert wieder aufgenommen. Die Schuhmann wurde in Untersuchungshaft genommen. Edert war im Oktober 1914 freiwillig in das Heer eingetreten und hat in Russland gelämpft, ist aber dann mit Rücksicht auf die Schwere der Straftaten aus dem Heeresdienst entlassen und in das Untersuchungs-gefängnis eingeliefert worden. Die Angeklagte Schuhmann hatte zuerst jegliche Schuld bestritten, dann aber nach mehrmonatiger Untersuchungshaft sich zu einem umfangreichen Geständnis bequemt und darin Angaben zur Belastung des Edert gemacht, die im allgemeinen mit denen des Daumlehner übereinstimmen, und die Behauptung aufstellte, daß sie bei ihrer Mitwirkung zur Herbeiführung der Daumlehnerschen Meineide völlig unter dem Einflusse des Angeklagten Edert gestanden habe. Zwischen ihr und dem Edert bestanden nahe persönliche Beziehungen. Beide hatten unter der Firma „Schuhmacher u. Edert, Kriminalisten“, ein Detektivbüro eröffnet, sie hatten sich auch mit einander verlobt, die Verlobung wurde aber wieder aufgelöst, ebenso das Geschäft, als die Ermittlungen wegen der Meineide eingeleitet wurden. Er hatte in beiden Rechtsstreifen den Auftrag erhalten, Ermittlungen über etwaige Beziehungen der Mädchen zu anderen Männern anzustellen und hat diese Ermittlungen, wie die Anklage behauptet, in geradezu unerhörter und gewissenloser Weise ausgeführt. Nach dem Geständnis des Daumlehner hat dieser den Edert zufällig kennen gelernt und zwar zunächst als „Sohn eines Fabrikbesizers“; bei einer Unterhaltung im Café Friedrichshof habe Edert dann gesagt, er sei „Kriminalanwärter“ und stehe vor dem Examen als Kriminal-kommissar; um sich aber inzwischen noch Geld zu verdienen sei er privatim als Detektiv tätig. Dann habe er ihm den Fall Runge vorgetragen und ihn so lange und unablässig bearbeitet, bis er sich nach vielem Sträuben dazu hergegeben, vor dem Amtsgericht und später vor dem Landgericht den Eid zu leisten, daß er mit der Runge, die er vorher gar nicht gekannt hat, in intimen Verkehr gestanden habe. Um ihre Persönlichkeit vor Gericht genau beschreiben zu können, wurde folgender Trieb erlommen. Die Runge diene in einem Pensionat in der Mohrenstraße. Dort mietete sich die Angeklagte Schuhmann ein, die dann dort den Besuch des Daumlehner empfing und diesen Gelegenheit gab, sich die Persönlichkeit der Runge so genau einzuprägen, daß er vor Gericht ohne Stutzen eine genaue Personalbeschreibung geben konnte. Für seine Hilfeleistung wurden dem D. 100 M. versprochen, die er aber nicht erhielt, da Edert erklärte, daß er sein Honorar erst nach einem Vierteljahr bekäme. Edert brühte ihm aber 10 M. in die Hand. D. wußte unter vielen Geistesfreudeln dann vor Gericht sein wohlverdientes Sprüchlein vorzuzählen haben. Nehlich ist es im Falle Ratich gewesen. In diesem Falle hatte nach der Behauptung des D. Edert diesen eines Tages in ein Café bestellt, dort mit Bier und Schnaps traktiert und ihn unter Auf-gebot aller Ueberredungskunst, teilweise auch unter Drohung, dazu gebracht, auch in diesem Falle dieselbe verbrecherische Rolle zu spielen. Auf seine Weigerung habe Edert nur betont: er sehe doch, wie glatt die Sache im Falle Runge gegangen sei. Als er schon ziemlich betrunken gewesen, habe ihm Edert ein Schreiben vorgelegt, das er, ohne sich um den Inhalt recht zu kümmern, unterschrieben habe. Erst nachträglich habe ihm Edert auf seine Weigerung, in diesem Falle mitzuwirken, gesagt, daß er ja schon eine eidesstattliche Versicherung unterschrieben habe und nun nicht mehr zurück könne, sondern den Eid leisten müsse. Auch in diesem Falle war die Möglichkeit für D. geschaffen worden, das Mädchen zu sehen und sich alle Einzelheiten ihrer Persönlichkeit einzuprägen. — Mit diesen Ausführungen stimmt das Geständnis der Schuhmann völlig überein. Edert dagegen bestritt alle diese Behauptungen und erklärte sie für freie Erfindungen. Die Schuhmann habe ihm nahe geschworen, weil er das Verlöbniß mit ihr aufgehoben. Sie allein habe den D. zu den Meineiden verleitet. D. aber habe lediglich aus Liebe zu ihr die Meineide geleistet. Edert operiert auch anscheinend mit dem § 51 St.-G.-B., denn er erzählt vor Gericht wunderliche Geschichten, wonach ihm im Gefängnisse sowohl seine Mutter, als auch sein Feldwebel erschienen seien, lange Zwie-sprache mit ihm gehalten hätten und dann plötzlich spurlos verschwunden seien.

Bei den Widersprüchen, in denen sich die beiden ersten Angeklagten zu Edert legen, ist eine umfangreiche Beweisaufnahme erforderlich. Die Verhandlung wird voraussichtlich erst am Montag zu Ende gehen.

Aus aller Welt.

Drei Personen verbrannt. In Danzig verbrannten am Donnerstag bei einem Wohnungsbrande die über 60 Jahre alte Witwe Bruchmann und zwei Enkel von ihr, Knaben im Alter von zwei und vier Jahren.

Verurteilung eines „Wunderdoktors“. Die Strafkammer in Schweidnitz verurteilte nach mehrwöchiger Verhandlung den früheren Fabrikarbeiter, jetzigen „Wunderdoktor“ Seyffert aus Reichenbach wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis und 600 M. Geldstrafe. Der Angeklagte, der einen großen Kreis von Patienten hatte, betrieb einen schwindehften Handel mit angeblichen Heilgewässern, die aus gewöhnlichem Leitungswasser bestanden und die er durch Bestreichen der Flaschen mit der Hand „wunderbar“ machte. Auch die Kranken, die zu ihm kamen, „heilte“ er durch Handauflegen, d. h. er wenigstens wurde „gesund“ dadurch, daß er für seinen Fokusfokus den Leuten das Geld abnahm.

Betrügereien eines „Fremdenlegionärs“. Wegen umfangreicher Betrügereien verurteilte die Strafkammer in Braunschweig den angeblichen Kaufmann und Reiseschreiber Alwin Heide zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Heide tauchte im vergangenen Sommer in Begleitung einer Frau in verschiedenen deutschen Städten auf und erschwindelte unter allerlei Angaben über sein abenteuerliches Leben in der französischen Fremdenlegion, Internierung als feindschlicher Deutscher, verlorenes Vermögen usw. bei deutschen Hilfsstellen größere Geldbeträge. Mehrere gut bezahlte Stellen, die man ihm verschafft hatte, verließ er bald wieder, da es ihm gar nicht darum zu tun war, auf ehrliche Weise Geld zu verdienen.

Ueberschwemmungsgefahr in Amsterdam. In der Nacht zum Donnerstag stand Amsterdam nahe vor der Gefahr, durch einen

Infolge starken Sturms drohenden Deichbruch überdewemmt zu werden. Einem militärischen Aufgebot gelang es jedoch, diese Gefahr nochmals abzuwenden. — Die Nachrichten aus dem holländischen Heberdewemmungsgebiet sind immer noch sehr ernste. Aus verschiedenen Gegenden werden andauernd Einstürze von Häusern und Brücken gemeldet. An einzelnen Stellen steigt das Wasser noch immer.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 27. Februar, findet eine Wanderung der Arbeiterjugend nach den Grunewaldseen statt. Abfahrt 6.45 Uhr ab Bahnhof Neukölln (Bergstraße). Fahrt bis Zehlendorf-Büke. Fahrpreis 50 Pf.

Baumwälderweg. Sonntag, den 27. Februar, findet ein Besuch des Parkes für Bergbau- und Gießereien statt. Abfahrt Bahnhof Baumwälderweg, vorm. 10^{1/2} Uhr.

Friedrichshagen. Sonntag, den 27. Februar: Tagespartie. Tour: Rahndorf—Griner—Niederhöf—Grünheid—Griner. Treffpunkt 8 Uhr morgens Strinplatz. Proviant und Riederbügel sind mitzubringen. Fahrpreis 40 Pf. Gäste sind willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Februar 1916, vormittags 9 Uhr, Rappel-Allee 15/17; Neukölln, Ideal-Passage; Legel, Bahnhofstr. 15, und Oberdöbneweide, Marstr. 2: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag des Herrn Ernst Koller: Theorien der Weltentstehung.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 9 Uhr: VI. und I. Abt. Montag, den 28. Februar, Lichtberg, Schornmeier, Ecke Kronprinzstraße (Schulg.). III. und VI. Abt. Freitag, den 3. März, Schöneberg, Vorbergstraße 11 (Restaurant Gaedel). Vortrag: Dr. Rödel und Bundesvorstand G. Stein. Nach dem Vortrag praktische Verbandsübungen. Zurückgabe sämtlicher Bibliotheksbücher an die Bibliothekare.

Eingegangene Druckschriften.

Katzenhe und Tod. Bitte nach Dr. A. Doebereiners. 20 Pf. C. Abigt, Wiesbaden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Vorwiegend trübe, neblig und an den meisten Orten geringe, nur im Süden etwas stärkere Niederschläge. Temperaturen in der Nähe des Westküstenes.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Besonderebeachtung beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

36. N. 2. Derzentr.: Landsturmpflichtig. — **N. 2. 112.** Rein. — **N. 2. 17.** Auch wenn der Mann gefallen ist, können Sie nicht ohne weiteres gehen. Sie hätten kündigung müssen. Nicht können Sie bis zum 1. April zum 1. Juli kündigen. Sie müssen aber mindestens 8 Tage abwarten, ob der Wirt gegen die Kündigung nicht gerichtliche Entscheidung beantragt. — **N. 2. 111.** Sie sind verpflichtet, das Wert zu nehmen. Die Firma würde mit Erfolg klagen. Sie konnten den Vertrag, zumal Sie den Bestellchein unterschrieben haben, nicht rückgängig machen. — **G. 2. 4.** Der Unternehmer ist verpflichtet, Invalidenarbeiten für Sie zu leisten. — **N. 2. 89.** Die Preise für die Arbeit sind uns im einzelnen nicht bekannt. Fragen Sie beim Schneiderverband, Schallstraße 37/38, an. — **N. 2. 36.** Ein solches Testament ist gesetzlich zulässig. — **G. 9.** Rein.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse



Wurstwaren
 Zwiebelwurst Pfund 1.40
 Landjägerwurst (Pommersche Art) Pfund 1.70
 Jagdwurst Pfund 2.10
 Süzwurst Pfund 1.60
 Zervelatwurst Pfund 2.80

Grüne Heringe Pfd. 35,40 Pf.
Frische Schollen Pfund 50 Pf.
Fettheringe Stück 25 Pf.
Obst * Gemüse

Räucherwaren
 Sprotten 1/2 Pfund 43 Pf.
 Sprotthücklinge 1/2 Pfund 40 Pf.
 Bücklinge 2 Stück 25 Pf.
 Makrelen-Bücklinge Stück 40 Pf.
 Lachsheringe Stück 38 Pf.

Pflaumen-Marmelade mit Zusatz von Apfelmark u. Kristallzucker, Pfd. 55 Pf.
Kunsthonig Pfund 33 Pf.
Sardinen in Öl 75 Pf. in Tomat. Dose 85 Pf.
Echter Holl. Käse Pfund 2.10
Edamer Käse (holländischer) Pfund 2.00

Apfelsinen Dutz. 75, 85 Pf.
Blutapfelsinen Dutz. 88, 95 Pf.
Mandarinen Pfund 48 Pf.
Grosse Kochäpfel Pfd. 25 Pf.
Grosse Essäpfel Pfund 30 Pf.
Kochbirnen Pfund 25 Pf.

Kranzfeigen Pfund 63 Pf.
Wirsingkohl (holländ.) Pfund 16 Pf.
Schwarzwurzeln Pfund 18 Pf.

Chicorée Pfund 22 Pf.
Rhabarber Bund 15 Pf.
Maronen Pfund 28 Pf.

Butterbrotpapier fett-dicht 400 Blatt 95 Pf. **Mundtücher** weiss, gezeichnet 100 Stück 44 Pf. **Toilettepapier** gekreppt, 4 grosse Rollen 95 Pf.

Deutsches Theater. Direktion: Max Reinhardt. 8 Uhr: Der Biberpelz. Sonntag: Der Biberpelz. Sonntag nachm. 2^{1/2} Uhr (kl. Pr.): Minna von Barnhelm. Kammerstücke. 8 Uhr: Der Weibsteufel. Sonntag: Der Weibsteufel. Sonntag nachm. 2^{1/2} Uhr (kl. Pr.): Wetterleuchten. Volksbühne. Theater a. Bülowlp. 8^{1/2} Uhr: König Oedipus. Dir. Meinhard-Bernauer. Theater i. d. Königgrätzerstraße 8 Uhr: Kameraden. Komödienhaus 8^{1/2} U: Die rätselhafte Frau Berliner Theat. 8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 8 Uhr: Die gutgeschaltene Ecke. Sonntag: Die gutgeschaltene Ecke. Mont: Kaiser und Galläer. **Deutsches Künstler-Theater.** 8 U: Die selbige Exzellenz. Nachm. 3^{1/2} Uhr: Egmont. **URANIA** Taubenstr. 48/49. 4 Uhr (halbe Preise): Kurland u. die Dünafront. 8 Uhr: Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

BUSCH
 Heute und morgen: 3^{1/2} und 8 Uhr: 2 gr. Vorstellungen 2 nachm. 1 Kind frei (auch Galerie). Weitere Kinder halbe Preise. Ueber 1/4 Million Besucher drängten sich bisher zu Ein Wintermärchen. und noch immer in der Vorstadt sehr gemeldet. In beiden Vorstellungen: 2 urkomische Bären. 2 lebende Windmühlen. Atemberaubende Matrosenspiele. Todesstrafe m. d. Jochtrab.

Luisen-Theater. Sonnabend 4 Uhr: Prinz Wandelfers Brautfahrt. Täglich 8,15 — Sonntag 8 Uhr: Charlotte Klinger. Sonntag 3 Uhr: Bettelstudenten. **Rose-Theater.** 4 Uhr: 1001 Nacht. 8 Uhr: Der Hochtourist. **Walhalla-Theater.** 8 Uhr: Grigri. Morgen 3 Uhr: Die Förster-Christi.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Sonnabend, den 26. Februar: Das bemooste Haupt. Schauspiel in 4 Akten von Rod. Benedig. Sonntag 3 Uhr nachm.: Wie deutsche Soldaten sterben. 10 Montag: Ein Zerkelweib. Kolleneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. **Knaben- und Jünglings-Anzüge, Paletots, Pyjaks, Konfirmations-Anzüge.** Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Königstr. 55, I. Etage, gegenüber Rathaus. Sonntag geschl. **Spezialarzt** Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-schließung. Teilzahlung. Sprechstunden: 10-2 und 4-5

Sonder-Angebot in **Ulster u. Paletots** Burschen- und Konfirmanden-Anzüge zu ganz besonders billigen Preisen bei erleichterten Zahlungsbedingungen. **Maßanfertigung** in tadelloser Ausführung. Grosses Lager in deutschen Stoffen **Julius Fabian** Schneidermeister Gr. Frankfurter Str. 37 und Turmstr. 18

Theater für Sonnabend, d. 26. Februar Deutsches Opernhaus Charlottbg. 8 Uhr: Carmen. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. **Geb. Herrfeld-Theater** 8 Uhr: Sokrates und Perlmutter. **Kleines Theater.** 8 Uhr: Münchhausen. **Komische Oper.** 8 Uhr: Jung muß man sein. **Lustspielhaus.** 8^{1/2} Uhr: Der Gatte des Fräuleins. Sonntag 3^{1/2} Uhr: Schuldig. **Metropol-Theater** 8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia). Sonntag 3 Uhr: Martha. **Residenz-Theater** 8^{1/2} Uhr: Loge No. 7 m. Heny Bender.

Montis Operetten-Theater 8 Uhr: Der Sterngeucker. **Schiller-Theater O.** 8 Uhr: Z. 1. Male: Das Lumpengesindel. **Schiller-Th. Charlottenbg.** 8 Uhr: Mein erlaucht. Ahnheer. **Thalia-Theater.** 8 Uhr: Drei Paar Schuhe. **Theater am Nollendorfpl.** 3^{1/4} Uhr: Fido. 8^{1/2} U.: Immer feste druff! **Theater des Westens** 8 Uhr: Das Fräulein vom Amt. mit Guido Thielscher. 3^{1/4} Uhr: Wilhelm Tell. **Tranon-Theater.** 8^{1/2} U.: Verheiratete Junggesellen.

WINTERGARTEN
 Die schöne Komödiantin Operette in 1 Akt v. Eugen Burg u. Louis Tafelstein. Musik von Leo Ascher. Mitwirkende: Elise Berna — Lotte Werkmeister v. Thalia-Theat. u. G. Gustav Matzner — Heinrich Peer Julius Spielmann. Außerdem: Clotilde von Derp Tänze sowie der reichhaltige Februar-Spielplan.

Admiralspalast **Eis-Arena** Großes **Eis-Ballett.** 1/2, 9 Uhr. 2, 3, 4 M. **Vorzügliche Küche!** Heute **Nachmittags-Konzert** in der Eis-Arena. 1.50 M. **Casino-Theater** Vorbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr: Heute letzter Sonntagabend des Golden-Schälagers **Was machte nun?** Freitag, den 3. März u. 1. Male ein neues Berliner Volksstück. Sonntag 4 Uhr: Ihr Gottlieb. **Possen-Theater** Linienstraße, a. d. Friedrichstr. 8^{1/2} **Kobis Abenteuer** Der große Augenblick mit Leonhard Haskel und Siegfried Herisch

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin. Montag, den 28. Februar 1916, abends 8 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelsteich 15: **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1915. 2. Wahlen und Bestätigung der Funktionäre. 3. Verbandsangelegenheiten, Anträge. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich 1/2 9 Uhr eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Crösverwaltung. **Möbel-Angebot.** Solide Möbelwerke liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Sinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten V. 2 an die Expedition des „Vorwärts“. Keine Kasseler. Größte Kulanz.

Palast Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3^{1/2} u. 8 Uhr. **Das gr. Februar-Programm!** M. Wulfs Sieg. Hunde **Joseph Plaut!** Morgensterne Landsturm usw. 12 zugkräftige Nummern 12

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. 3. Zahlk. s. 121. Nr.: „Die von der Emden.“ für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern. Anfang 8 Uhr.

Berliner Konzerthaus. Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91. **Täglich: Großes Konzert.** Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist Franz v. Blon. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen **Nachmittags-Konzert** bei vollem Orchester und freiem Eintritt. Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Erste wöchentlich einmal **Bezugsquellen-Verzeichnis :: Berlin-Süden ::** Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Fleisch- u. Wurstwaren K. Kübert, Prinsenzstr. 13 H. K. Fleisch- u. Wurstw. Herrmannstr. 228 H. Maltzer H. Müller, Friesenstr. 22 H. Meyer, Karlsruherstr. 19 H. Meyer, 2. Platz, u. A. 1. Platz.	Kaffee-Versand Gerold Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 90 Verlang. Sie Preisliste	Kolonialwaren, Delikat. A. Lehmann, Britz, Chausseest. 73 Linoleum, Wachsstiche H. Schönwald, Nechl. Kottbusser-Str. 7.	Uhren, Goldwaren S. Fenske, Kottbus-Damm Streng versch. anerkannt bill. Neukölln C. Dittmann Berlinerstr. 43 Wild - Geflügel - Fische U. Kramer, Weststr. 212
Bäcker- u. Konditorien Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Füllten im Süden, Osten u. Umgebend. Neukölln V. Klatt, Wismanstraße 46. V. Radloff, Nikla, Altonastr. 37 Auerkämpfer, Kottbusstr. 17	Wine, Fruchtsäfte, Likör. E. & M. Leydicke Mantuffelstr. 56	W. Kärnbach Grützstr. 19/20 Tel. M. 100 43	

Eingegangene Druckschriften.

Sagen und Märchen Altindiens. Erzählt von H. Effmann. ... Das Crplid A B C. ...

W. Baroja. Heberfest von A. Böhner. ... Die wir unter Eisern Kreuz erwarben. ...

Weltkrieg-Geschichten. Herausgegeben von H. v. Kolo. ... Humor und Weher, zwei Sorgenbrecher. ...

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen Spar-Marken!

Wilhelm Stein Chaussee-Strasse 70-71

Wirtschaft

- 1 Putzkasten 45 Pf. 1 Widskasten 45 Pf. 1 Eierschrank 45 Pf. ...

Wirtschaft

- 1 Kohlenlöffel u. 1 Feuerhak. 45 Pf. 1 vernick. Körbchen m. Einlage 45 Pf. ...

Porzellan

- 2 Paar Tassen dünn, mit Kante 45 Pf. 2 Paar Tassen dünn, mit Goldband 45 Pf. ...

Steingut

- 2 Vorratsstonnen weiß oder bunt 45 Pf. 1 Meste mit Holzrücken, weiß oder bunt 45 Pf. ...

Emaile

- 1 Milchkanne 45 Pf. 2 flache Kasserollen 45 Pf. 1 Klostebürstenhalter 45 Pf. ...

Ein Waggon Emaille-Geschirre mit kleinen Fehlern zum Ausschuchen 60 Pf.

Parfümerie, Seife

- 3 Stck. Blumenseife 45 Pf. 1 Stck. weisse Fliederseife 45 Pf. 1 Stck. Glycerinseife 45 Pf. ...

Holzgalanterie

- Spiegel 1. versch. d. Ausf. 45 Pf. Kleiderriegel 45 Pf. Konsole 45 Pf. ...

Galanterie-Nippes

- Postkarten-Rahmen 45 Pf. Kabinett-Rahmen 45 Pf. Glas-Vasen 45 Pf. ...

Bijouterie

- Wachspere-Kollier Stück 45 Pf. Kollier imitierter Bernstein Stück 45 Pf. ...

Schreibwaren

- Postkarten-Alben 45 Pf. Poesie-Alben 45 Pf. 2 Rollen Klostepapier 45 Pf. ...

Lederwaren

- Collegmappen 45 Pf. Kindertaschen 45 Pf. Brieftaschen 45 Pf. ...

Konfitüren

- 1/2 Pfd. Konfekt-Mischung 45 Pf. 1/2 Pfd. Pfefferm.-Fondants 45 Pf. ...

Lebensmittel

Table with 4 columns: Product Name, Price per unit, and other details. Includes items like Gemischte Marmelade, Stangenspargel, Junge Erbsen, etc.

Bäcker- und Konditoreien. Bäckerei Nordstern. Inh. Gust. Müller.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten. Erscheint wöchentlich einmal. ...

Kaffee-Versand Gerold KAFFEE. Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung.

Den Genossen im Felde. Ist es Bedürfnis, über das politische und organisatorische Leben in der Heimat stets unterrichtet zu sein.

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek



Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Vom medi-

zischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markus. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

Buchhandlung Vorwärts Berlin

Unterzeichneter bestellt:
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
geb. zum Preise von 4,50 M.

Name: _____
Wohnung: _____
Wir bitten deutlich zu schreiben!

Um in dieser schweren Zeit allen unseren werten Kunden eine besondere Gelegenheit zu geben, ihren Bedarf an

Schuhwaren zur Einsegnung

billigst zu beschaffen, raten wir Ihnen gut, wenn Sie dieses Angebot besonders beachten.

Herrnstiefel 9⁵⁰ Halbschuhe be- **7⁹⁵**
in modern. Formen Gelegenheitskäufe
Damenstiefel 10³⁵ Spangen-Schuhe **7¹⁵**
elegante Ausführg. m. hoh. u. flach. Absatz
Einsegn.-Stiefel 11³⁵ Dam.-Hausschuhe **3⁵⁰**
Prima Qualität. enorm billig.

Kinder-Stiefel größte Auswahl in Leder und Formen
Winter-Schuhe in allen Qualitäten enorm billig!

F. Potolowsky Nachf.
Gr. Frankfurter Strasse 141 **Osten** Ecke Fruchtstr. Fernruf Alexander 4381.

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

J. F. Assmann
Butter-Großhandlung.
35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

In die Wohnung jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin gehört der **Vorwärts**

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Dirskenstraße 20
gutes Hofhof Alexanderplatz und Holzgeländebium. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lohringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.



Krenz und quer durch den Baltan

Eine Reisebeschreibung von Ludwig Lessen — Mit Zeichnungen v. Ilse Schläge-Schur
Gebunden Mk. 1,50
Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstraße 3, Laden.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Centrum: Albert Sahnig, Siderstr. 174, am Kopenplatz. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW: Gustav Schmidt, Bärwalderstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Friedrich, Ringstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
4. Wahlkreis: E. und N. Robert Bengels, Marhastr. 36. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr. — Karl Welle, Petersburgerplatz 4, (Laden). Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
4. Wahlkreis: E. und N. Paul Böhm, Kaufperplatz 14/15. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
5. Wahlkreis: Seebruch, Rummelsburgerstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
6. Wahlkreis (West): Salomon Joseph, Wilhelmshafenstr. 43. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Wedding: R. Sahnig, Müllerstr. 14a Ecke Ulbrichter Str., Laden. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Reichenhagen und Granielburger Vorstadt: H. Bolgah, Reichenhagenstr. 9. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Gesundbrunnen: Richter, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhäger Str. 22. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwabitz, Bismarckstr. 23. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicker, Falkenberg: Wilhelm Därr, Köpenicker Str. 6.
Baumsehnenweg: E. Dorning, Orientaler Str. 13, 1.
Bernau, Hüttenberg, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Lemm, Dries, Mühlentstr. 5, Laden.
Bohndorf: Paul Gensch, Bohndorf, Genossenschaftshaus-Paradies.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seidenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.

Eichwalde, Schmöckwitz: Star Wable, Bismarckstr. 4.
Erkner, Neu-Zittau: Gustav, Bahstr. 11.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Hiltmann, Veterinärstr.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernice, Wittenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Seifmann, Friedrichshagen, Köpenicker Str. 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Ganskur, Parfstr. 23.
Karlshorst: Hermann Billing, Dönhoffstr. 23.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Sannan, Lindenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Seyler, Steglitzstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergerstr. 1 (Laden). Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: H. Rosen-11 an 3, Alt-Borsigstr. 30. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: S. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Maricendorf, Marienfelde: August Vesp, Bauhofstr. 29.
Neuenhagen, Hoppegarten: Wolgastowski, Schmidtstr. 20.
Neukölln: W. Heinrich, Nedarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Reußstr. 10, im Laden, Steglitzstr. 26/27. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Harz, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Karl Krohnberg, Friedrichsplatz 27.

Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: H. Hermann, Mühlentstr. 30. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gurr, Droningstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12^{1/2} u. 4^{1/2}-7 Uhr.
Schenckendorf, Königs-Buchhofen: Ehr. Gantje, Dorstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Maria-Lutherstr. 69, im Laden. Geöffnet von 11-12^{1/2} und von 4^{1/2}-7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm, Stanken, Seefeld und Falkenhagen: Schumacher, Drelstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Sam Kienan, Borsigwalde, Mühlentstr. 13. Geöffnet von 11-12^{1/2} u. von 4^{1/2}-7 Uhr.
Teltow: Zenscher, Dabelstr. 2.
Tempelhof: Joh. Strohn, Dönhoffstr. 62.
Treptow: Nob. Gramenz, Mühlentstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: Wulf Rogg, Berliner Allee 11.
Wilmerdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schuder, Wilhelmstr. 27.
Zeuthen, Miersdorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Jochenstr. 16.
Zossen: Könned, Studentenstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.